

Neuer LSB-Vorstand gewählt

Fachkompetenzen stehen im Vordergrund



Die frisch gekürten Vorstandsmitglieder (v.l.n.r.): Brigitte Seifert, Joachim Kießling, Dr. Georg Weckbach, Monika Schmidt, Bernd Rosenheinrich, Peter Lundershausen und Michael Altrichter.

Foto: Uwe Allwardt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden zur Durchführung der Vorstandswahl und Wahl der Kassenprüfer am 14.10.2021 in die Wahlkommission gewählt: Renee Recke, Erika Drecoll und Günter Schult. Die Kommission verständigte sich darauf, dass Herr Renee Recke den Vorsitz übernimmt und die Wahlhandlung führt.

Gemäß § 7 der Satzung wurden bis zu 7 Vorstandsmitglieder gewählt.

- die/der Vorsitzende
- zwei stellvertretende Vorsitzende
- der/die Schatzmeister/in
- bis zu drei Beisitzer

An der Wahlhandlung nahmen von 43 Mitgliedern 32 (74,4 %) Mitglieder teil. Gemäß Antrag erfolgten die Abstimmungen zur Wahl der/des Vorsitzenden, der 2 Stellvertreter, und des/der

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

Landtagswahlen als auch Bundestagswahlen 2021 sind nun bereits Geschichte. Die Ministerpräsidentin und die neue Landesregierung wurden am 15. November vereidigt. Die Koalitionsvereinbarung 2021 bis 2026 der SPD und der Linken liegt vor. Unter Punkt 389 wird ausgeführt: „Die Koalitionspartner werden sich aktiv in die Arbeit des Altenparlaments einbringen und weiterhin eng und vertrauensvoll mit dem Landesseniorenbeirat zusammenarbeiten.“ Wir nehmen dieses Angebot an. In den folgenden Wochen werden wir den Koalitionsvertrag inhaltlich prüfen und die Schwerpunkte herausarbeiten, die Diskussionsgrundlage für einen Antrittsbesuch bei den Ministerinnen und Ministern der Landesregierung sein werden. Erfolgreich haben wir unsere Mitgliederversammlung im November durchführen können. Der Vorstand wurde für die nächsten vier Jahre neu gewählt. 57 % der Mitglieder sind neu im Vorstand. Der neugewählte Vorstand und die Kassenprüfer werden auf den folgenden Seiten den Leserinnen und Lesern vorgestellt. Gegenwärtig entwickelt sich die Situation in Bezug auf die Corona-Pandemie beängstigend. Es ist absehbar, dass in den nächsten Wochen die Kontakte wieder heruntergefahren werden müssen. Zurzeit sind die Impfkapazitäten nicht ausreichend, um die Booster-Impfungen entsprechend Empfehlung durchführen zu können. Diese wären jedoch vorhersehbar gewesen, wenn die statistisch erfasste Anzahl der Covid 19-Impfungen ab der 20. Kalenderwoche rechtzeitig jeweils um sechs Monate versetzt worden wäre. Die Hausärzte allein können diese Aufgabe nicht zusätzlich leisten. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern für die kommenden Wochen und Monate und zu den bevorstehenden Feiertagen und dem Jahreswechsel alles Gute, bleiben Sie vor allem gesund und denken wir auch an die Menschen, die einsam sind.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des

Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	5	Vorstandswahlen 2021 – Der neue Vorstand
Seite	6	Arbeitsplan 2022 des Landesseniorenbeirats
Seite	25	Aus Landkreisen und Städten



Vitanas



LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Stationäre sowie Kurzzeitpflege in allen Pflegegraden
Spezieller, zertifizierter, Wohnbereich für Menschen mit Demenz | Wir kochen
täglich frisch und abwechslungsreich | Reinigungsservice für die persönliche
Wäsche | Kostenfreie Bettwäsche und Handtücher | Hauseigener Friseur
Fußpflege kommt ins Haus | Zahlreiche Therapie-, Tätigkeits- und Freizeit-
angebote | Hübscher Garten mit vielen Sitzgelegenheiten
Mitnahme der eigenen Möbel gerne möglich | Haustiere
sind herzlich willkommen | Regelmäßige Veranstaltungen

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**



Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

Schatzmeisters/in sowie der Kassenprüfer in offener Abstimmung. Die Wahl der Beisitzer wurde geheim per Wahlzettel durchgeführt, da mehr Kandidaten antraten als Plätze vorhanden waren.

Die Wahl wurde für den Vorstand je Funktion mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Vorsitzender:

Bernd Rosenheinrich

32 Stimmen = 100 %

Stellvertreter:

Brigitte Seifert

32 Stimmen = 100 %

Stellvertreter:

Joachim Kießling

32 Stimmen = 100 %

Schatzmeister:

Peter Lundershausen

32 Stimmen = 100 %

Jedes Mitglied hatte drei Stimmen zur Wahl seiner Kandidaten als Beisitzer/in. Dabei konnte jede/r Kandidat/in nicht mehr als eine Stimme von jedem Mitglied erhalten. Die Ausgabe der Stimmzettel erfolgte mit Abgabevermerk in der Mitgliederliste. Angekreuzte Stimmzettel wurden gefaltet in die Wahlurne gesteckt.

Die Auszählung von 32 abgegebenen und gültigen Stimmzetteln ergab:

Monika Schmidt

28 Stimmen = 87,5 %

Dr. Georg Weckbach

20 Stimmen = 62,5 %

Hannelore Gutzmann

7 Stimmen = 21,9 %

Dorina Klabunde

6 Stimmen = 18,8 %

Michael Altrichter

16 Stimmen = 50,0 %

Damit wurden Monika Schmidt und Dr. Georg Weckbach mit der erforderlichen Mehrheit als Beisitzer in den Vorstand gewählt.



Günter Schult gibt sein Votum ab, Anett Jepp mit der „Wander-Urne“ sammelte alle Stimmzettel ein.

Ein laut Wahlordnung erforderlicher zweiter Wahlgang in geheimer Wahl ergab:

Hannelore Gutzmann

7 Stimmen = 21,9 %

Dorina Klabunde

8 Stimmen = 25,0 %

Michael Altrichter

17 Stimmen = 53,1 %



Danksagung und Verabschiedung der ehemaligen Vorstandsmitglieder Jürgen Lorenz und Karin Lechner.

Michael Altrichter wurde mit der erforderlichen Mehrheit von mehr als 50 % als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Die Wahl für die **Kassenprüfer** erfolgte in offener Abstimmung zu den vorgeschlagenen Personen in die jeweiligen Funktionen:

Jürgen Lorenz

32 Stimmen = 100 %

Ilona Mundt-Schalk

32 Stimmen = 100 %

Jutta Messer

32 Stimmen = 100 %

Alle gewählten Personen nahmen ihre Wahl an.

Bernd Rosenheinrich trat gemäß § 4 Pkt. 2.2 der Satzung als Einzelperson an, die keinem Beirat angehört.

85,7 % der gewählten Vorstandsmitglieder sind Mitglied in einem Kreis-seniorenbeirat bzw. in einem Beirat einer kreisfreien Stadt. Damit wurde § 7 Pkt. 2 der Satzung eingehalten, wonach mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder auch Mitglieder in einem Seniorenbeirat eines Landkreises bzw. einer kreisfreien Stadt sein müssen.

GLÜCKWÜNSCHE

Sozialministerin Drese

Sozialministerin Stefanie Drese gratulierte in einem Schreiben dem neuen Vorstand des Landesseniorenbeirates und versicherte: „Die Landesregierung wird auch zukünftig eng und vertrauensvoll mit der Interessenvertretung älterer Menschen zusammen-

arbeiten, um die Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten weiter zu verbessern“. Sie freue sich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit. Die Ministerin begrüßte ausdrücklich die vom neuen Vorstand angestrebte aktive Mitarbeit bei der Erarbeitung von

seniorenpolitischen Gesamtkonzepten in den Kommunen. Positiv bewertet sie zudem die angekündigte Fortsetzung des Generationendialogs mit dem Landesjugendring.

Stefanie Drese

Der Paritätische

Herr Rosenheinrich, zu Ihrer Wiederwahl zum Vorsitzenden des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern gratulieren wir im Namen des gesamten Vorstandes und aller Mitarbeiter*innen des Paritätischen MV herzlich. Sie haben sich im Landesseniorenbeirat in den vergangenen Jahren bereits einen Namen gemacht, indem Sie stets vehement auf seniorenpolitische Themen aufmerksam und sich erfolgreich für die Interessen älterer Menschen in MV stark gemacht haben. Dass Politik mit und nicht nur

für Senior*innen gemacht wird, ist unverzichtbar. Das zeigt auch unser gemeinsames Engagement zum Thema *Selbstbestimmt alt werden im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der Rückkehr in die eigene Häuslichkeit nach einem Krankenhausaufenthalt*.

Das Interesse an einem seniorenpolitischen Gesamtkonzept in den Kommunen ist da – das beweist uns das Engagement der vielfältigen Akteure an den Runden Tischen. Nun müssen funktionsfähige Strukturen etabliert werden.

Damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist, muss die Politik dafür notwendige Rahmenbedingungen erschaffen. Für Ihr Engagement im Landesseniorenbeirat danken wir Ihnen herzlich und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg und alles Gute. Wir freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Friedrich Wilhelm Bluschke,
Vorsitzender;

Christina Hömke, Geschäftsführerin

Die Linke

Sehr geehrter Herr Rosenheinrich, namens meiner Fraktion gratuliere ich Ihnen recht herzlich zur erneuten Wahl zum Vorsitzenden des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e.V. Auch den weiteren gewählten Mitgliedern des Vorstandes gratu-

liere ich herzlich. Mit meinem Glückwunsch verbinde ich die Zuversicht auf eine weiterhin konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse der Seniorinnen und Senioren.

Meine Fraktion wird auch weiterhin das ihr Mögliche tun, um Mecklen-

burg-Vorpommern zu einem Land des guten Lernens, Arbeitens und Lebens für alle Altersgruppen zu entwickeln.

Simone Oldenburg,
Fraktionsvorsitzende

Eigenes Land auch für Frauen

Bis zum heutigen Tag haben Frauen in einigen Regionen im südlichen Afrika nicht das Recht, eigenes Land zu erben oder zu besitzen. Auch ältere Frauen müssen einen männlichen Vertreter haben, der unter Umständen sogar der eigene Enkelsohn ist. 1994 gründete Sizani Ngubane in Kwa-Zulu-Natal (Südafrika) die Landfrauen-Bewegung RWM (Rural Women's Movement), die heute ein Aktions-

bündnis mit rund 500 ländlichen Gemeinden darstellt und mehr als 50.000 Mitglieder zählt – 98 Prozent Mädchen und Frauen. Sie kämpfte bis zu ihrem Covid 19-Tod Ende Dezember 2020 gegen Armut und Gewalt gegenüber Frauen und setzte sich für die Souveränität über Nahrungsmittel sowie für den Zugang zu Bildung und die Sicherung der Landrechte ein.

**Vorsitzender****Bernd Rosenheinrich**

19059 Schwerin
Netzwerkarbeit,
Stellungnahmen und
SeniorenSicherheit

Vorstandswahlen 2021

Am 14. Oktober 2021

wählte die Mitgliederversammlung
den neuen Vorstand des
Landessenorenbeirats M-V e.V.

**Stellv. Vorsitzende****Brigitte Seifert**

17309 Dargitz
Bildung, Medien-
kompetenz und
ländliche Entwicklung

**Stellv. Vorsitzender****Joachim Kießling**

19061 Schwerin
Mobilität

**Schatzmeister****Peter Lundershausen**

17033 Neubrandenburg
Finanzen

**Beisitzer****Dr. Georg Weckbach**

18439 Stralsund
Gesundheit und
Gesundheitssport

**Beisitzerin****Monika Schmidt**

18109 Rostock
Pflege, Geriatrie und
Wohnen

**Beisitzer****Michael Altrichter**

23992 Lüdersdorf
Medienpolitik und
Öffentlichkeitsarbeit

Als Kassenprüfer wurden gewählt:

Jüßen Lorenz
18273 Güstrow

Ilona Mundt-Schalk
19306 Neustadt-Glewe

Jutta Messer
19065 Pinnow

Arbeitsplan 2022

des Landesseniorenbeirates M-V e.V

Grundlage des Arbeitsplanes des Landesseniorenbeirates M-V ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) vom 26.07.2010. Für das Jahr 2022 stellen wir uns folgende Aufgaben:

1. Monatliche Arbeitsberatungen des Vorstandes
 - a) Durchführung am Sitz der Geschäftsstelle
 - b) Vierteljährliche gemeinsame Beratungen in ausgewählten Kreis- und kommunalen Beiräten
 - c) Durchführung von mindestens drei Klausurtagungen mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte zur Koordinierung der Aufgaben des LSB
2. Durchführung von thematischen Regionalkonferenzen und zweitägigen Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen und Beförderung des Generationendialogs auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander.
3. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Organisation der Arbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Kommunen, sowie bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte in den Kommunen und die Erfassung vorhandener Beiräte. Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustauschen mit kommunalen Seniorenbeiräten.
4. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landesseniorenbeirates M-V auf Landesebene auf der Grundlage des gemeinsamen Positionspapiers vom März 2004 und Gewinnung weiterer Partner.

5. Fortführung des Generationendialogs gemeinsam mit dem Landesjugendring M-V auf Landesebene sowie in den Landkreisen und Kommunen.

6. Unterstützung und Mitarbeit bei der Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“ in den Kommunen auf der Grundlage der Beschlüsse des 10. und 11. Altenparlaments und Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ durch die Kommunen unter Einbeziehung kommunaler Seniorenbeiräte.

7. Durchführung einer 2020 bedingt durch Corona ausgefallenen Fachtagung zum 10. Jahrestag der Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes M-V (SenMitwG) durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung anlässlich des „Internationalen Tages der älteren Menschen“ am 01. Oktober 2022.

8. Besetzung und Aktivierung von Arbeitsgruppen im Landesseniorenbeirat zu

- Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter
- Sport und Prävention
- Seniorenbildung u. a. zu Digitalisierung und Förderung der Medienkompetenz Älterer
- Recht/Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen
- AG Seniorensicherheit des LSB M-V e.V

durch die Erarbeitung von Konzepten über Themenschwerpunkte und die Gewinnung neuer Arbeitsgruppenleiter und durch Gesprächsrunden von Vorstand und Arbeitsgruppen-

leitern zur Ausrichtung der Arbeitsgruppen und Diskussion von Schwerpunktthemen im I. Halbjahr 2022.

9. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenpolitik durch

- Kontakt zu den Medien
- Herausgabe eines Newsletters zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik aus Europa, Bund und Ländern
- Vierteljährliche Herausgabe des „Seniorenkurier“, Einordnung ständiger Themen wie: Zwischen den Monaten, Digitalisierung, Seniorensicherheit, Ernährung, Pflegestützpunkte, Verbraucherschutz und AAL-Systeme
- Pflege der Homepage und Schaffung der Barrierefreiheit

10. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren durch:

- Mitarbeit in und Leitung der AG „Seniorensicherheit“ des Landesseniorenbeirates für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und Verkehrssicherheit und im Vorstand des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung.
- halbjährlichen Gedankenaustausch der Mitglieder der AG „Seniorensicherheit“ des LSB und Aufbau eines Netzwerkes unter Einbeziehung weiterer regionaler Partner.
- Fortführung des erfolgreichen Projektes „Seniorensicherheitsberater“ mit pensionierten Polizeibeamten gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und Kreispräventionsräten.
- Initiierung eines Projektes „Enkel gegen Enkeltrick“
- Bearbeitung des Themas „Gewalt in der Pflege“

11. Leitung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des 12. Altenparlamentes M-V 2022 durch Mitwirkung in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung

der Leitanträge und maßgeblicher Mitarbeit des LSB M-V e.V. bei organisatorischen Aufgaben in Abstimmung mit der Landtagsverwaltung

12. Konsultationen mit den Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtages zu gesellschaftlichen Themen, wie die Umsetzung der Beschlüsse des 11. und 10. Altenparlamentes, die Vorbereitung des 12. Altenparlamentes, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission und die Erarbeitung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten auf Landesebene und in den Kommunen und die Teilnahme an Anhörungen der Landtagsausschüsse zu Gesetzentwürfen und Sachthemen und die Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen.

13. Regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei M-V und den Ministerien in M-V, insbesondere dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V, Erarbeiten von Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, Programmen und Plänen zur Gestaltung der Seniorenpolitik sowie der Wirksamkeit des SenMitwG.

14. Mitarbeit in folgenden Landesgremien:

- Landespflegeausschuss
- Geriatriebeirat (Geriatrie: Altersheilkunde)
- Verbraucherschutz im Justiz- und Landwirtschaftsministerium
- Strategiegruppe III Gesundes Alter(n) des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft des Landes M-V
- Verkehrssicherheitskommission
- Landeskoordinierungsgruppe „bürgerschaftliches Engagement“
- Medienkompetenz-Netzwerk, Medienaktiv M-V
- Aktionsbündnisses für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
- Forum Ländliche Entwicklung und Demografie“
- Kuratorium der Ehrenamtsstiftung M-V

15. Unsere Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen BAG LSV nutzen wir, um seniorenpolitische Themen gemeinsam auf die Tagesordnung der Politik auf der Bundesebene zu setzen und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten zu bemühen. Weiterführung von Erfahrungsaustauschen mit Landesseniorenvertretungen und Schaffung von Netzwerken mit gemeinsamen Interessen. Einbeziehung in die Fachtagung 10 Jahre SMG M-V.

16. Ausbau der Beziehungen zu weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Europäisches Integrationszentrum, Erwerbslosenbeirat, Behindertenverband, Alzheimergesellschaft usw.) und bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen.

17. Durch eine Mitgliedschaft aktive Mitarbeit in den Vereinen und Initiativen wie Landesarmutskonferenz, Landesvereinigung für Gesundheitsförderung M-V e. V. und Haus der Begegnung Schwerin e. V.

18. Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V beim Deutschen Roten Kreuz Landesverband, bzw. in den Landkreisen.

19. Unterstützung der Ausbildung und Projektarbeit von SeniorTrainern durch den Landesseniorenbeirat, die Seniorenbeiräte der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte.

Arbeitsberatungen, Klausurtagungen und andere Veranstaltungen können sowohl als Präsenzveranstaltungen als auch Videokonferenzen organisiert und durchgeführt werden.

Banzkow, den 14.10.2021

Tradition mit Treffen fortgesetzt

Erfolgreiche Herbsttagung trotz steigender Inzidenzen

Nach der pandemiebedingten „Light“-Version einer Herbsttagung im vergangenen Jahr konnte am 13. und 14. Oktober dieses Jahres die Tradition der zweitägigen Veranstaltung in Banzkow zur Freude aller Beteiligten fortgeführt werden. Dankbar wurde die Gelegenheit genutzt, um langjährige Bekanntschaften aufzufrischen und neue Kontakte zu knüpfen. Weiten Raum der Tagung nahmen interessante Vorträge ein. Claudia Ring, Re-

feratsleiterin im Sozialministerium und zuständig für die Themen Seniorenpolitik, freiwilliges Engagement, Renten- und Unfallversicherung, berichtete über die derzeit in Entwicklung befindlichen seniorenpolitischen Gesamtkonzepte der Landkreise. Bereits ein Viertel der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist über 65 Jahre alt und bildet damit die größte Bevölkerungsgruppe in M-V. Aus den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Älter wer-

den in M-V“ wurden Handlungsempfehlungen zu sechs Themenfeldern abgeleitet, die nun von den Landkreisen und kreisfreien Städten umgesetzt werden sollen. Dazu wurden Gelder in Höhe von 1 Mio Euro bereitgestellt, um unter wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule Neubrandenburg in ausgewählten Modellregionen solche Konzepte zu erarbeiten.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

In der Diskussion wies Bernd Rosenheinrich darauf hin, dass es mittlerweile fünf Jahre gedauert hat, bis sich etwas bei der Ausarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts getan habe. Er bemängelte vor allem, dass der Landessenorenbeirat bei der Erarbeitung einer diesbezüglichen Broschüre nicht beteiligt wurde. Seiner Ansicht nach nehme die Landesregierung das Thema nicht ernst genug und sei selbst nicht aktiv geworden.

In einem weiteren Vortrag informierten **Camille Naulet** von der Landesfachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie **Tino Nicolai**, der wie seine Mitreferentin im Landesjugendring M-V aktiv ist, über die Zielsetzung eines Jugendmitwirkungsgesetzes, wie es auch vom LSB gefordert wird. Sie legten überzeugend dar, weshalb es nicht hinnehmbar sei, dass Jugendliche ab 16 Jahren zwar ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene hätten, ab 14 Jahren bereits dem Vertragsrecht unterlägen, aber kein Rederecht in wichtigen – weil die Jugendlichen betreffenden – Ausschüssen eingeräumt bekommen. Demokratieerfahrung ließe sich so nicht erlangen.

Ingrid Höhnel von der Dresdner Seniorenakademie Wissenschaft und Kunst (DSA) berichtete über die im Jahr 1993 entstandene Bürgeruniversität in Zusammenarbeit von TU Dresden und dem Hygienemuseum. Heute umfasst das Programmangebot der DSA in jedem Semester über 300 Beiträge der Partner des Fördervereins zu den Themenkreisen Natur und Technik, Gesellschaft, Geschichte, Medizin, Kunst und Musik, Bildungsreisen und das gesamte Programm der Bürgeruniversität der TU Dresden mit ca. 150 offenen Vorlesungen. Zzt. beträgt die Gebühr für ein Semester 40 € und je Semester nutzen ca. 700 bis 800 Hörer das umfangreiche Angebot.



Rund 50 Teilnehmer kamen im Trendhotel Banzkow zusammen



Erneut mit von der Partie: „Die Alterspräsidentin“ des LSB, Margot Engelke (93)

Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender des LSB, gab einen Rückblick über die Aktivitäten des Landessenorenbeirats des vergangenen Jahres. Es gab eine Reihe von Konsultationen mit den Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtages zu gesellschaftlichen Themen, wie die Landtags- und Bundestagswahlen, die Umsetzung der Beschlüsse des 11. Altenparlaments, die Vorbereitung des 12. Altenparlaments, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission und die Erarbeitung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten in den Kommunen und die Teilnahme an Anhö-

rungen des Sozialausschusses des Landtags zu Gesetzentwürfen und Sachthemen, zu denen schriftliche Stellungnahmen eingereicht wurden. Coronabedingt konnten sehr viele Projekte nicht oder nur unzureichend angeschoben oder weiterverfolgt werden. Immerhin konnte das Instrument der Videokonferenz in einigen Fällen eingesetzt werden.

Zum sensiblen Thema „Gewalt in der Pflege“ erfolgte eine Einordnung aus wissenschaftlicher Perspektive durch **Rico Gröning** von der Hochschule Neubrandenburg, wo Prof. Dr. Stefan M. Schmidt vom Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management eine Auswertung internationaler und nationaler Studien zu diesem Thema vorgenommen hat.

Er stellte die fünf zu unterscheidenden Formen von Gewalt gemäß des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) dar:

Körperliche Gewalt: grobes Anfassen, schlagen, schütteln, unbequem hinsetzen oder legen, freiheitsentziehende Maßnahmen

Finanzielle Ausnutzung: unbefugtes Verfügen über persönliches Vermögen, zu Geldgeschenken überreden, Geld oder Wertgegenstände entwenden

Psychische Gewalt: missachten, ignorieren, demütigen, beleidigen, anschreien, schimpfen, rügen

Vernachlässigung: falsch pflegen, unzureichend im Alltag helfen, Bedürfnisse übergehen

Intime Übergriffe: Schamgefühle oder Intimsphäre verletzen, sexuelle Andeutungen machen, Intimkontakt verlangen oder erzwingen.

Gewalt in der Pflege ist keine Einbahnstraße. Es gibt nicht wenige Fälle, in denen Gewalt auch von den zu Pflegenden ausgeht.

Mit einer Laufzeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2022 befasst sich derzeit ein vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt „Reallabor Leben im Alter“ an der Hochschule Neubrandenburg mit dem Aufbau eines IT-Netzwerks aus Angeboten von Pflege, Therapie und Medizin sowie mit dem Transfer von wechselseitigem Lernen durch Programmentwicklung und modellhafter Umsetzung. Neue Pflege- und Versorgungskonzepte sollen auf Basis des erworbenen Wissens erarbeitet werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bestehenden Probleme zwar bekannt sind, doch die Studienergebnisse keine verlässliche Datenbasis ergeben. Erschwerend kommt die weiter stark steigende Belastung der in Einrichtungen Beschäftigten hinzu. Zu beobachten ist, dass mit einem höheren Anteil von qualifizierten Pflegekräften gegenüber jenem der Pflegehelfer insgesamt höhere Zufriedenheitsgrade bei sowohl Beschäftigten als auch den Pflegebedürftigen zu erreichen sind. Allerdings ist der Anteil an Pflegehelfern in den Einrichtungen seit 2012 um knapp drei Prozent auf 48,8 % im Jahr 2020 gestiegen, während spiegelbildlich dazu der Anteil an Fachkräften von 52 auf 49,7 % sank.

In jedem Fall ist Sensibilisierung erforderlich – kognitiv, empathisch und praktisch:

- von dem Problem wissen (z.B. um Statistiken wissen)

- es erkennen und verstehen können (z.B. Symptome erkennen)
- es nachempfinden können (z.B. eigene Erfahrungen)
- eine Lösung suchen können und (z.B. was unterstützt hat)
- die Lösung praktisch anwenden können sowie
- Wirkung evaluieren können (z.B. woran Besserung spürbar wird)

Kerstin Mieth, Referatsleiterin Belange pflegebedürftiger Menschen im Sozialministerium, berichtete über Handlungs- und Gestaltungsperspektiven für pflegebedürftige Menschen in der Pandemie. Sie stellte die zunächst nur der Not gehorchenden Schutzmaßnahmenmodelle in der ersten und zweiten Welle der Corona-Pandemie dar. Die Priorisierung restriktiver Maßnahmen führte in Pflegeeinrichtungen zu negativen Auswirkungen wie



In den Pausen gab es Gelegenheit für Einzelgespräche, hier mit Kerstin Mieth (re.) vom Sozialministerium.

- Reduzierung der kognitiven Fähigkeiten
- Einsamkeitsgefühl
- Belastung der körperlichen Funktionsfähigkeit (Bluthochdruck, Herzkrankungen, verminderte Schlafqualität)
- Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit (Depression).

Die bis Ende Februar 2021 abgeschlossene Impfkampagne brachte spürbare Erleichterungen, waren doch bis dahin 85-90 Prozent der Pflegebedürftigen dadurch immunisiert. Dadurch konnten die Einschränkungen sozialer Kontakte weitgehend zurückge-

nommen werden. Aktuell gibt es eine klare Einstufung des Infektionsgeschehens durch das LAGuS mit einem vierstufigen Maßnahmenplan unter Berücksichtigung von Hospitalisierung, ITS-Auslastung und 7-Tage Inzidenz bei Neuinfektionen.

Die bereits Anfang September 2021 begonnene Kampagne der „Booster“-Impfungen führte dazu, dass bis Mitte Oktober bereits 15.000 Menschen in Pflegeeinrichtungen wieder über vollen Impfschutz verfügen.

Mehrere Verbesserungen im Umgang mit den Auswirkungen der Covid-Gefahr wurden bisher erzielt:

- Untersuchung der Wirkung von getroffenen Infektionsschutzmaßnahmen und deren Folgen
 - Einbeziehung der Betroffenen
 - Stärkung der Handlungskompetenz im Katastrophenfall (Pandemiebeauftragte, Hygienebeauftragte, Konzepte, die regelmäßig erprobt werden)
 - Bevorratung mit Schutzmaterial
 - Stärkung der Kompetenz zu Hygiene- und Schutzmaßnahmen in der Pflege bei Mitarbeitenden, Pflegebedürftigen und Angehörigen
 - Stärkung des Personals in der Pflege.
- Bewusst sein muss aber jedem, dass wir mit einem Restrisiko werden leben müssen.

Um die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern bis 2030 ging es in einer Präsentation von **Tino Nicolai** (ehem. Zukunftsrat), **Lukas Stroh** und **Lydia Lauer** vom zuständigen Referat der Staatskanzlei M-V.

Der MV Zukunftsrat wurde am 21. September 2020 durch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig einberufen. Die Landesregierung hatte zuvor beschlossen, dieses aus 49 Persönlichkeiten bestehende und unabhängige Beratungsgremium einzurichten und maßgeblich bei zukunftsweisenden Entscheidungen des Landes einzubinden. Die Empfehlungen des MV Zukunftsrates

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

sollen in die MV Zukunftsstrategie der Landesregierung einfließen. Die Ziele des MV Zukunftsrates sind, die notwendige Transformation und den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit und Erreichung der Pariser Klimaziele zu erörtern sowie Empfehlungen in Form eines transformativen Zukunftsprogramms zu erarbeiten. Deshalb setzte sich der MV Zukunftsrat aus Sachverständigen mit hoher fachlicher Expertise und mit viel Praxiswissen zusammen.

Der Zukunftsrat M-V übergab am 18. März 2021 seine Handlungsempfehlungen unter dem Titel „Unsere Zukunft ist jetzt – Für ein nachhaltiges, digitales und gemeinwohlorientiertes MV“. Die Zukunftsstrategie entwirft auf der Grundlage eines Nachhaltigkeitsdreiecks von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem viele konkrete Anregungen, wie z.B. Gemeinwohlorientierung bei Vergabeverfahren, ein Jugendmitwirkungsgesetz und ein Strukturwandelstärkungsgesetz sowie ein zehnjähriges Einschlags-Moratorium für alte Laubwälder, Aufsuchende Bildung, Dorfwerke, ein „Ministerium für Land, Wasser und Klima“,



Zuversichtliche Jugend: (v.l.n.r.) Tino Nicolai vom Zukunftsrat, Lukas Stroh und Lydia Lauer vom zuständigen Referat der Staatskanzlei M-V.

eine Landesinitiative für Moorklimawirtschaft, eine Wasserstoff-Transferstelle und Investitionsförderung für die Kreativwirtschaft. Wichtige Forderungen sind ein Jugendbeteiligungsgesetz und ein Klimaschutzgesetz.

Die Weichenstellungen müssen mit neuem Denken und konkreten Handlungen umgesetzt werden. Dies sind Reformen innerhalb der Verwaltung, Gesetzesinitiativen, Vergabe- und För-

derrichtlinien und strategische Planungen, die nachhaltiges Handeln überhaupt erst ermöglichen, wesentlich erleichtern und stark beschleunigen. Sie müssen innerhalb von Ministerien, Ämtern, Kommunen und Verbänden in neuen sektoren- und ressortübergreifenden Strukturen erfolgen. Sie sollten über eine Berichtspflicht durch die Landesregierung dauerhaft weiterverfolgt werden. ■

Ältere Menschen in der Corona-Pandemie

Prof. Dr. Andreas Speck vom Institut für Sozialpsychiatrie M-V an der Hochschule Neubrandenburg hat aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen zur psychischen Beanspruchung älterer Menschen in der Pandemie ausgewertet und ist zu Ergebnissen gelangt, die der landläufig vorherrschenden Wahrnehmung zuwiderlaufen.

So zeigt sich in empirischen Studien, dass es innerhalb der Altersgruppen vielfältige Differenzierungen gibt. Allein das Merkmal der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersklasse ist sehr abstrakt und bildet die Lebenssituation der beschriebenen Menschen nur oberflächlich ab. Die konkreten Lebensumstände mit ihren spezifischen Ressourcen und Herausforderungen werden in den Studien kaum abgebildet.

Deswegen sollten die Daten nicht genutzt werden, um die Belastungen während der Pandemie generationsspe-

zifisch („Jung gegen Alt“) gegeneinander auszuspielen. Offensichtlich kamen viele Seniorinnen und Senioren mit den Belastungen der Covid-19-Pandemie gut zurecht. Ein massiver Anstieg seelischer Beeinträchtigung konnte jedenfalls grundsätzlich nicht festgestellt werden. Einschränkungen dieser Aussage gibt es hinsichtlich der pflegenden Angehörigen. Auch zeigt sich ein hohes Einsamkeitsniveau unter den Senior*innen.

Es lässt sich festhalten, dass die Pandemie keine neuen sozialen Probleme erzeugt hat, sondern eher eine Zuspitzung bereits bestehender Probleme befördert hat. Offenbar sind bei älteren Menschen frühere Lebenserfahrungen, bereits bewältigte Krisen und eine – daraus vermutlich resultierende – optimistische Grundhaltung wichtige Ressourcen, um die pandemiebedingten Stressoren nachhaltig abzufedern.

Zwischen den Monaten

Ereignisse von September bis November 2021 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Am 25. Oktober nahm Bernd Rosenheinrich an der **3. Kuratoriumssitzung der Ehrenamtsstiftung M-V** in der Viehhalle in Güstrow teil. Mit Hilfe einer Präsentation wurden die Ergebnisse des Jahres 2021 vorgetragen und die Aufgaben und Zielstellungen für das Jahr 2022 und langfristig bis 2025 erläutert. Danach wurde den Teilnehmern das Personal der EAS vorgestellt.

*

Am 2. November nahm der Vorsitzende des LSB und gleichzeitig Leiter der AG Seniorensicherheit beim LfK an der **Vorstandssitzung des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung** teil. Im Bericht der Geschäftsstelle stellte dessen Geschäftsführerin, Monika-Maria Kunisch, die diesjährigen Ergebnisse der Arbeitsgruppen in der Präventionsarbeit vor. Auf Grundlage einer Dienstanweisung der Generalstaatsanwältin Christine Busse vom September 2021 erfolgte die Einrichtung eines Sonderdezernats zur Bekämpfung der Hasskriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft Rostock. Weiterhin wurde in einer Präsentation das Childhood-Haus Konzept vorgestellt und über die Einrichtung eines ersten Childhood-Hauses (Childhood = Kindheit) in Mecklenburg-Vorpommern in der Landeshauptstadt Schwerin informiert. Ein Childhood-Haus ist ein zentraler Ort, an dem Kinder und Jugendliche, die körperliche und sexualisierte Gewalt erlebt haben, in einem kinderfreundlichen und geschützten Umfeld alle notwendigen Hilfen bekommen und dabei ihr Wohl immer an erster Stelle steht. Das Childhood-Haus ist eine bundesweite Initiative von **Childhood** – einer Stiftung, die sich seit mehr als 20 Jahren für den Schutz von Kindern vor jeglicher Gewalt einsetzt. Diese Stiftung nimmt die Idee des skandinavischen „Barnahus“ (übersetzt: „Kinderhaus“) auf und setzt es angepasst in Deutschland um.

Am 10. und 11. November trafen sich die Vertreter der Landesseniorenvertretungen der Bundesländer nach einer coronabedingten längeren Pause zu einer zweitägigen Arbeitsberatung der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen** in Magdeburg. Am ersten Tag standen die Vorstellung der Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V., welche die Aufgaben einer Geschäftsstelle der BAG LSV e.V. mit übernimmt und die Berichte der Länder über zurückliegende Aktivitäten und künftige Aufgaben im Mittelpunkt. Am zweiten Tag nahm die Diskussion zur Neufassung der gegenwärtigen Satzung der BAG LSV e.V. und die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit einen breiten Raum ein. Bei einem gemeinsamen Abendessen nutzten einige Teilnehmer die Möglichkeit des persönlichen Austauschs von Erfahrungen und Ergebnissen in der Seniorenarbeit im jeweiligen Bundesland bzw. der Wirksamkeit von Seniorenmitwirkungsgesetzen.

*

Vierzehntägig jeweils am Mittwoch nimmt der Vorsitzende an einer Videokonferenz der **Task Force Corona und Soziales** teil. Hier werden vom Sozialministerium die neuesten Entwicklungen bei den Coronazahlen und deren Auswirkungen vorgestellt. Gleichzeitig werden die neuesten Verordnungen und Festlegungen zum Umgang mit Corona im Land erläutert.

*

Am 22.9.2021 fand eine Online-Konferenz zum Thema **„Initiative Zukunftshandeln“** statt, an der Monika Schmidt teilnahm. Die Initiative Zukunftshandeln MV hat sich im Sommer 2021 gegründet, sie hat sich aus dem Kreis der Mitglieder des ehemaligen MV Zukunftsrates herausgebildet und versteht sich als eine wachsende überparteiliche zivilgesellschaftliche Plattform, die offen für je-

de Form der Beteiligung ist. Sie will dazu beitragen, die Ergebnisse des Zukunftsrates M-V sichtbar zu machen und der Landespolitik zusammengetragene Empfehlungen zur Verfügung zu stellen.

Die Seniorinnen und Senioren sind herzlich eingeladen, sich an den offenen digitalen Informations- und Netzwerkveranstaltungen zu beteiligen. Der Beitrag der älteren Generationen für den nachhaltigen Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft sollte auch in der MV Zukunftsstrategie sichtbar sein. Vorerst befindet sich die Initiative in Trägerschaft des „fint e.V.“ mit Sitz in Rostock.

*

Monika Schmidt nahm am 31.10. 2021 auf Einladung teil am **Reformationsempfang** der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland im Sprengel Mecklenburg und Pommern. In der Nikolaikirche in Rostock wurde zunächst von Bischof Tilman Jeremias und Ulrike Hillmann, Präses der Landessynode, die Verleihung der Bugenhagen-Medaille an Sylvia Giesecke vorgenommen. Jeremias würdigte in dem Festgottesdienst sowohl ihren Einsatz vor Ort als auch ihre Arbeit in der Landessynode, im Kirchenkreisrat und in der Kirchenleitung der Nordkirche. „Sie ist davon überzeugt, dass Ehrenamtliche und Hauptamtliche einander ergänzen und aufeinander angewiesen sind. Als Netzwerkerin trägt sie dazu bei, dass die unterschiedlichen Bereiche und Ebenen der Kirche konstruktiv zusammenwirken und in die Gesellschaft hinausstrahlen“, heißt es in der Begründung zur Auszeichnung.

*

Am 8. September 2021 trafen sich in **Grimmen** (Landkreis Vorpommern-Rügen) 36 Teilnehmer zur **Regionalkonferenz** des LSB in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Integra-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

tion und Gleichstellung. Auf der Tagesordnung standen u.a. Informationen zur landesweiten Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt durch Sascha Angelstein von der Opferberatung Lobbi e.V. Mecklenburg-Vorpommern, Informationen von Dr. Gerhard Bukow aus dem Sozialministerium sowie durch Brigitte Seifert zur Vorbereitung des 12. Altenparlaments im Oktober 2022. Darüber hinaus berichtete Patrick Dahle- mann über seine Aufgaben und Arbeit als Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern. Es gab ausreichend Raum für den Erfahrungsaustausch. Eine Woche später, am 15. September, fanden sich zu einer weiteren **Regional- konferenz in Hagenow** (Landkreis Ludwigslust/Parchim) 36 Interessierte ein. In einem Grundsatzreferat gab Michael Staack, Berater des RAA – Regionalzen- trum für demokratische Kultur West- mecklenburg, Einblicke in völkischen Rechtsextremismus und Siedlungskon- zepte in Norddeutschland – Historische Wurzeln, Ideologie und Methoden, Kon- sequenzen für die Demokratie.



Erneut berichtete Dr. Gerhard Bukow aus dem Sozialministerium über die Aktivitäten des Sozialministeriums. In- formationen zur Vorbereitung des 12. Altenparlaments überbrachte diesmal Bernd Rosenheinrich. Auch hier schloss sich ein Erfahrungsaustausch an.

*

In Vorbereitung des 12. **Altenparla- ments** trat das **Organisationskomitee** unter Leitung von Brigitte Seifert am 5. November 2021 zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Hier die wesent- lichen Ergebnisse:

Diskussion des Delegiertenschlüssels

Aus dem Ergebnis der Landtagswahl- en ergibt sich eine Erweiterung der Abgeordneten von 71 auf 79. Eine Aufstockung des Delegiertenschlüs- sels wurde jedoch einstimmig abge- lehnt. Aus der Diskussion heraus wur- den einstimmig beschlossen, bis zu acht aktive Teilnehmer aus den Ar- beitskreisen als Gäste einzuladen.

AG I Leitantrag „Ausbau und Erhal- tung der Beratungslandschaft.“

Herr Rosenheinrich berichtete über das Ergebnis der bisher erfolgten Sitzungen. Die Mitglieder der AG haben sich bisher zweimal getroffen. Es wurde jeweils ein Vertreter des Sozialministeriums ein- geladen. Ebenfalls war ein Vertreter des Paritätischer Verbands eingeladen, lei- der konnten bisher keine Vertreter vom Landkreistag sowie des Städte- und Ge- meindetags teilnehmen.

Zurzeit sind zu den Aufgaben und der Finanzierung noch viele Fragen offen, da noch keine Verträge mit den Land- kreisen und kreisfreien Städten abge- schlossen wurden. Das Problem sind die überregionalen Beratungen, die nicht bei der Finanzierung bedacht wurden. So hat der Landkreis Rügen bisher keine Beratungen angeboten, so dass Betrof- fene dann die Beratungsstellen in ande- ren Landkreisen in Anspruch nahmen. Vorgesehen ist, dass eine weitere Be- ratung mit den zuvor genannten Ver- tretern des Landkreistages und Städe- und Gemeindetages stattfinden soll. Erst dann kann eine genaue For- mulierung des Leitantrages erfolgen. Das Modellprojekt Greifswald konnte nicht 1 zu 1 auf alle Landkreise über- tragen werden.

AG II Leitantrag: „Corona und digita- le Teilhabe“

Herr Schmidt berichtete, dass meh- rere Mitglieder für die AG geworben werden konnten, so dass sie nun aus acht Mitgliedern besteht.

Im Rahmen der Erarbeitung des Leitan- trags ist die Arbeitsgruppe auf eine Flut von Erhebungen zum Thema Medien- kompetenz der älteren Bevölkerung gestoßen. Seien es der 8. Altersbericht

der Bundesregierung, der Digital-Kom- pass der BAGSO oder der D21-Digital- Index der Initiative D21, um nur einige zu nennen, alle befassen sich mit die- sem Themenkomplex und kommen zu vergleichbaren Ergebnissen.

Nach Sichtung einiger Materialien musste festgestellt werden, dass zu diesem Thema noch einige Forderun- gen aus den letzten Altenparlamen- ten offen sind. In den zugesandten Materialien der Landtagspräsidentin werden für die Senioren keine kon- kreten Aussagen getroffen.

Es werden von der AG II also keine neu- en Forderungen formuliert, sondern in dem Leitantrag bestehende Forderun- gen konkretisiert und Hinweise auf be- reits praktizierte Lösungsansätze for- muliert. Der Arbeitstitel soll deshalb wie folgt sein: „Forderungen aus den Erkenntnissen der Dynamisierung der Digitalisierung durch Corona.“ Der Vor- sitzende wird kurzfristig ein Strategie- papier entwerfen und den Teilnehmern zur Vorbereitung für die nächste Sit- zung am 22. November 2021 zusenden. Auch dieser Antrag wurde diskutiert. Herausgestellt wurde, dass im Antrag formuliert werden sollte, dass jede Pflegeeinrichtung mit W-LAN auszu- staten ist.

AG III Leitantrag: „Klima, Umwelt und Demokratie“

Frau Katt berichtete, dass dieses The- ma die Mitglieder der AG durchaus sehr intensiv beschäftigt hat, jedoch noch nicht feststehe, welche Forde- rung an die Landesregierung gestellt werden soll.

Dazu berichtete Frau Seifert über schon bestehende Projekte zum Klima- und Umweltschutz in NRW und Baden- Württemberg. Aus den schon beste- henden Projekten könnten Forderun- gen auch an die Landesregierung M-V herausgearbeitet werden.

In der Arbeitsgruppe sollten auch Mitglieder des Landesjugendrings mitarbeiten. Es geht bei diesem The- ma um das Miteinander der Generati- onen. Ein Treffen sollte kurzfristig ar- rangiert werden. ■

Keine Besuchsverbote in Pflegeeinrichtungen

Sozialministerin Drese erläutert Schutzverordnung

Sozialministerin Stefanie Drese erteilt pauschalen Besuchsverboten in Pflegeeinrichtungen eine klare Absage: „Ältere und pflegebedürftige Menschen sind besonders schutzbedürftig, haben aber selbstverständlich ein Recht auf soziale Teilhabe. Eine Isolation der Bewohnerinnen und Bewohner in den stationären Pflegeeinrichtungen wird es deshalb nicht geben.“ Stattdessen sei es wichtig, dass sich alle Akteure an die Regeln halten, mehr getestet werde und die Impfquoten insbesondere in den Pflegeeinrichtungen hoch sind, betonte die Ministerin. Die Ministerin verdeutlichte, dass mit der neuen Corona-Verordnung Pflege und Soziales, die am 8. November in Kraft trat, in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der rasant steigenden Infektionszahlen die Weichen gestellt würden für mehr Schutz und Sicherheit in den Pflegeheimen, aber gegen Besuchsver-

bote und die Isolation der Bewohnerinnen und Bewohner. Das sei die sinnvolle Ergänzung zu den bereits weit vorangeschrittenen Auffrischungs-Impfungen in den Pflegeheimen.“

So besteht seit dem 8. November für nicht geimpftes Personal in vollstationären Pflegeeinrichtungen eine tägliche Testpflicht. Bei geimpften Beschäftigten besteht ein Testerfordernis zweimal wöchentlich. Jede besuchende und aufsuchende Person darf die Einrichtung seit dem 11. November nur mit einem negativen PoC-Antigen-Test (nicht älter als 24 Stunden) oder negativen PCR-Test (nicht älter als 48 Stunden) betreten. Die Einrichtungen stellen die Möglichkeit zur Testung täglich vor Ort sicher. Kinder bis einschließlich sechs Jahren sind vom Testerfordernis befreit. Bewohner und Beschäftigte mit Covid-19-Symptomen müssen unverzüglich einen PCR-Test machen.

Ganz wesentlich ist nach Aussage von Drese zudem die Einhaltung der Schutz- und Hygieneregeln. Die Einrichtungsleitung soll deshalb sicherstellen, dass das Personal darüber noch einmal gezielt aufgeklärt und über die Möglichkeit einer Schutzimpfung informiert und beraten wird. Drese: „Die Impfquote bei den Pflegebeschäftigten muss im Hinblick auf den Umgang mit besonders schutzbedürftigen Gruppen erhöht werden.“ Ausdrücklich ist in der Pflegeverordnung festgehalten, dass einer Isolation der Bewohner entgegenzuwirken ist. Spaziergänge und einrichtungsinterne Gruppenaktivitäten innerhalb der Wohnbereiche sind bei regelmäßigem Lüften in Kleingruppen möglich, darüber hinausgehende Veranstaltungen jedoch nicht

Aktuelle Informationen zur Corona-Pandemie unter
www.regierung-mv.de/corona

Effektives Corona-Boostern

Auffrischungsimpfungen in Pflegeheimen weit vorangeschritten

In vielen Alten- und Pflegeheimen im Land fanden im September und Oktober bereits Auffrischungsimpfungen (Booster-Impfungen) statt. Das ergab eine Abfrage des Sozialministeriums Ende des Monats. Danach wurden bereits 202 der 253 stationären Einrichtungen durch Hausärzte oder mobile Teams erreicht.

„Das entspricht einer sehr guten Quote von 80 Prozent. Es ist erfreulich, dass wir mit den Booster-Impfungen in den Pflegeeinrichtungen schon sehr weit sind. Die Nach-Impfungen sind die wichtigste Schutzmaßnahme für die Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Pflegeheimen“, bewertet Sozialministerin Stefanie Drese die Ergebnisse.

Sozialministerin Drese hatte deshalb bereits Ende August alle Pflegeein-

richtungen in einem Schreiben aufgerufen, sich auf die Auffrischungsimpfungen entweder über die mobilen Impfteams der Landkreise und kreisfreien Städte oder die Hausärzte vorzubereiten und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Mit einem weiteren Schreiben am 20. Oktober initiierte Drese eine Abfrage über den Stand der Booster-Impfungen und alle stationären Einrichtungen, in denen bisher noch keine Auffrischungsimpfungen stattgefunden haben, bot sie an, Termine mit den mobilen Impfteams zu vereinbaren.

Von 51 Einrichtungen fehlt eine Rückmeldung. Das entspricht einer Quote von 20 Prozent. Darunter befinden sich aber auch Einrichtungen, die durch Ausbruchsgeschehen im ver-

gangenen Winter und den dadurch später erfolgten Impfungen noch keine Booster-Impfungen vornehmen können. „Wir werden die Impfmanager der Landkreise und kreisfreien Städte bitten, auf diese 51 Einrichtungen aktiv und gezielt zuzugehen“, versprach Ministerin Drese. Auch der Hausärzteverband hat seine Unterstützung angeboten und soll nochmals für die Impfungen in den Pflegeeinrichtungen sensibilisiert werden. Drese weiter: „Wir stellen damit sicher, dass jede Einrichtung bis Mitte November ein Angebot zur Nachimpfung erhält. Damit bringen wir in wenigen Wochen die Auffrischungsimpfungen in den Alten- und Pflegeheimen Mecklenburg-Vorpommern zum Abschluss.“ ■

Werbung für Influenza-Impfung

Gripeschutzimpfung in Corona-Zeiten besonders wichtig

Sozialministerin Stefanie Drese wirbt für die Impfung als wichtigste Präventionsmaßnahme gegen eine Influenza-Infektion. Sie ging mit gutem Beispiel bei einem Impftermin im Sozialministerium voran.

Vor allem Risikogruppen, also Ältere, chronisch Kranke und auch Schwangere, sollten in diesen Wochen eine Gripeschutzimpfung in Anspruch nehmen, da sie gefährdeter sind, einen schweren Influenzaverlauf zu erleiden, betonte Drese. Auch für Personen, die einem erhöhten beruflichen Risiko ausgesetzt sind, wie Beschäftigte



Sozialministerin Stefanie Drese erhielt selbst Ende Oktober eine Gripeschutzimpfung.

im Gesundheitswesen und in der Altenpflege, sei die Schutzimpfung besonders empfehlenswert.

Die Ministerin verdeutlichte, dass Gripeschutzimpfungen in den Pflegeeinrichtungen vordringlich sind. Das sei in der Task Force Pflege und Soziales mit allen Akteuren besprochen worden.

Am effektivsten sind hierbei die mobilen Impfteams der Landkreise und kreisfreien Städte.

So könnten die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen in den nächsten Wochen neben den Corona-Auffrischungsimpfungen auch die Gripeschutzimpfung erhalten.

■

Neue Landesregierung vorgestellt

Empfang der Regierungsfractionen

Am 15. November folgte der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats M-V e.V. Bernd Rosenheinrich einer persönlichen Einladung der Fraktionsvorsitzenden der SPD und Die Linke zu einem Empfang aus Anlass der vorhergehenden Wahl der Ministerpräsidentin und der Vereidigung der neuen Landesregierung durch das Parlament im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters in Schwerin.

Die Begrüßung der Gäste erfolgte gemeinsam durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Thomas Krüger, und den Abgeordneten der Fraktion Die Linke, Torsten Koplin. Beide würdigten die konstruktiven und vertrauensvollen Koalitionsverhandlungen von SPD und Die Linke.

In ihrer Ansprache bedankte sich die alte und neue Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** für das in sie gesetzte Vertrauen und versicherte, dass die neue Landesregierung unter der Überschrift „Aufbruch 2030“ gute Arbeit leisten werde. Die Stärkung

der Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze und gute Löhne, der soziale Zusammenhalt und der Klimaschutz seien die Schwerpunkte für die nächsten Jahre.

Danach stellte sie die neue Landesregierung vor. Ministerin für Bildung und Kindertagesstätten ist **Simone Oldenburg**. Gleichzeitig ist sie Stellvertretende Ministerpräsidentin. **Christian Pegel** ist Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung. Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz ist **Jacqueline Bernhardt**. Neuer Finanzminister ist **Dr. Heiko Geue**. **Reinhard Meyer** ist neuer Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit.

Dem Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt steht **Dr. Till Backhaus** vor. **Bettina Martin** wurde zur Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten ernannt. Die uns bestens bekannte **Stefanie Drese** ist Ministerin für Soziales, Gesundheit

und Sport und damit weiterhin auch für die Seniorinnen und Senioren zuständig. Während des Empfangs bestand die Möglichkeit zu ersten Gesprächen mit Vertretern der neuen Landesregierung und Mitgliedern der beiden Regierungsfractionen.

Zur neuen Staatssekretärin im Sozialministerium wurde Dr. Antje Draheim berufen. Der bisherige Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, Nikolaus Voss, wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Sozialministerin Stefanie Drese würdigte Nikolaus Voss als herausragenden politischen Beamten und ausgewiesenen Experten, der mit hoher Sachkenntnis und großem persönlichen Einsatz die Sozialpolitik im Land in den vergangenen 13 Jahren maßgeblich mit geprägt hat und bedankte sich für seine unermüdliche Arbeit und die gute, intensive, fruchtbare und immer konstruktive Zusammenarbeit. ■

Forschungsprojekt „DigiKomS“:

Teilnehmer über 70 für Befragung gesucht

Das Forschungsprojekt DigiKomS („Digitale Kompetenzen für Senioren“) startete im Oktober 2020 und wird an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Rostock und Schwerin umgesetzt. Ziel ist die Erarbeitung einer mobilen Lernwerkstatt, die ältere Menschen dabei unterstützen soll, den Einstieg in den Umgang mit digitalen Medien zu finden. Zur-

zeit wird eine schriftliche Befragung durchgeführt, die sich unter anderem mit den Vor- und Nachteilen digitaler Medien beschäftigt.

Dazu werden noch Teilnehmende aus zwei Altersgruppen gesucht: Zum einen ältere Menschen ab 70 Jahren und jüngere zwischen 30 und 55 Jahren. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert etwa 45 Minuten.

Mit Ihrer Teilnahme an dieser Befragung unterstützen Sie die Entwicklung einer Lernwerkstatt für ältere Menschen.

Der Fragebogen kann online oder in gedruckter Form per Hand ausgefüllt werden.

Mehr Info:

www.fh-mittelstand.de/digikoms

Vor neuer Bewährungszeit

30 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik

Ist es die persönliche Lebenserfahrung von Seniorinnen und Senioren, weshalb ihre Wahlbeteiligung und ihr politisches Interesse besonders hoch ist? Auch die kürzlich erfolgten Bundestags- und Landtagswahlen bestätigten das besondere politische Engagement dieser Bevölkerungsgruppe. Für die Mitglieder der Seniorenorganisation der Partei DIE LINKE lösten die Stimmenverluste begreiflicherweise Kopfzerbrechen aus. Am Wochenende nach der Wahl reiste eine kleine Delegation unserer Arbeitsgemeinschaft aus Mecklenburg-Vorpommern nach Berlin, um hier an der Jubiläumstagung „30 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik“ teilzunehmen.

Zum Fachthema „Wie weiter in der Pflege?“ erläuterte Kerstin Mieth, Referatsleiterin im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung von MV, in ihrem Vortrag die aktuelle Lage und künftige Anforderungen. Die Aussprache bekräftigte die Forderung nach einer solidarischen Entwicklung der Pflegeversicherung, in die alle einzahlen.

Erwartungsgemäß verlief die Feierstunde zur Würdigung des 30. Gründungstages der Arbeitsgemeinschaft überschattet von den Wahlergebnis-



Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft nahmen Anfang Oktober beim Berlin-Besuch Gelegenheit zu einem ersten Eindruck vom im Sommer eröffneten und nicht widerspruchsfreien Humboldt Forum.

sen in gedämpfter Stimmung. Einprägsam blieb der Auftritt von Gründungsmitgliedern, wobei sie ihre Aufbau-Erfahrungen aus den 90er Jahren schilderten und uns bestärkten, an der Verbesserung der Bedingungen für ein würdiges Leben im Alter für Jedermann, in Verbundenheit mit anderen Seniorenorganisationen, unbeirrt weiterzuarbeiten.

Als sich unsere Arbeitsgemeinschaft am 6. Oktober in Rostock zu einer Be-

ratung traf, wussten wir noch nicht, dass eine Woche später Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und der LINKEN beginnen würden.

Der Erfolg basiert auf gegenseitigem Vertrauen. Erfolgreiche Seniorenpolitik zeigt sich für Seniorinnen und Senioren unter Alltagsbedingungen: Bei Gesundheit und Pflege, bei Mobilität, kultureller und sozialer Ein-

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

bindung, Wohnen usw. Unsere Mitglieder sehen es als Bewährungsprobe, sich aktiv für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen einzusetzen, indem sie in Seniorenvertretungen und -organisationen ihre

Möglichkeiten im organisatorischen, sportlichen oder kulturellen Bereich einbringen.

Einige von uns haben Gelegenheit, den 13. Deutschen Seniorentag in Hannover zu besuchen.

Eindrücke und Erkenntnisse sind möglicherweise auch für Mecklenburg-

Vorpommern interessant und können spätestens zum nächsten Kooperationsstreffen des Landesseniorenbeirats ausgetauscht werden.

*Klaus Röber, Sprecher der
Landesarbeitsgemeinschaft
Senior*innenpolitik*

Medienkompetenz-Preis M-V 2022

Der Preis wird zum 17. Mal vergeben. Einsendeschluss: 15. Januar 2022

Bildungsträger und Schulklassen, Freizeit- und Kindereinrichtungen, Vereine, Jugend- und Seniorengruppen sowie Einzelpersonen aus Mecklenburg-Vorpommern können ab sofort ihre medienpädagogischen Projekte aus den Jahren 2020 bis 2022 online einreichen.

Projekte aus allen Altersgruppen und allen Bereichen der Medienarbeit sind willkommen.

Der Konzeptvielfalt sind keine Grenzen gesetzt. Es werden Preisgelder in einer Gesamthöhe von 6.000 Euro vergeben.

Der Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern 2022 prämiiert Medienbildungs-Projekte aus den Bereichen:

- Freizeit und Teilhabe (Vergabe: Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern)
- Schule und Bildung (Vergabe: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V)
- Kindheit und Alter (Vergabe: Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V)
- Sonderpreis (Vergabe: Ministerpräsidentin des Landes M-V)

Eine Expertenjury wählt aus den eingereichten Beiträgen die eindrucksvollsten, innovativsten und nachhaltigsten Medienkompetenz-Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern aus. Die Projektteilnehmenden werden zur feierlichen Preisverleihung nach Rostock eingeladen, im Rahmen des Rostocker Filmfestivals im StadtHafen (FiSH) am 28. April 2022.

*Einsendeschluss ist der 15. Januar 2022.
Anmeldebogen, genaue Teilnahmebedingungen und weitere Informationen:
www.medienkompetenzpreis-mv.de*

Gesellschaftliche Anker würdigen

Forderungen der Senioren-Union an Gesellschaft und Politik

Die Mitglieder der Senioren-Union sehen sich als Vertreter*innen der älteren Generation. Für das Miteinander aller Generationen in einer freien, solidaren und toleranten Gesellschaft werden hier hauptsächlich die Belange der Älteren wahrgenommen. In diesem Zusammenhang stellt die Senioren-Union folgende Forderungen auf:

- Garantieren und Durchsetzen des Wertes und der Würde des Menschen muss altersunabhängig erfolgen
- Senioren*innen sind als gesellschaftliche Anker Deutschlands zu sehen
- Nutzung der Erfahrungen der älteren Generation, ihr Wissen ist weiterzugeben

- Ausschluss von Diskriminierung wegen des Lebensalters in jeglicher Form
- Schaffung von Seniorenämtern, wie es sie schon für Jugendämter gibt
- Selbst bestimmbarer Zeitpunkt für einen einvernehmlichen Renteneintritt, Arbeitnehmer*innen sollen jenseits starrer Altersgrenzen mit den Arbeitgebern den passenden Zeitpunkt festlegen können
- Sicherung flächendeckender medizinischer Versorgung – gerade für unseren Flächenstaat M-V ist dies erforderlich
- häusliche Fürsorge, die Betreuung in Pflege- und Altenheimen und ambulante Pflegedienste müssen

unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung sein

- Sicherstellung verbindlicher Standards für die Qualität der Pflege
- erhöhte Unterstützung des Pflegepersonals, insbesondere durch eine angemessene Bezahlung
- Erhaltung und Schaffung eines altersgerechten Wohnumfelds, damit die älteren Menschen so lange wie möglich selbstständig in vertrauter Umgebung und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

*Walter Heinrich
Kreisvorsitzender der
Senioren-Union Schwerin*

Hilfe durch das Silbernetz

Angebot gegen Einsamkeit und Isolation

Die meisten Menschen erleben irgendwann in ihrem Leben vorübergehende Einsamkeitsgefühle, aber im Jahr 2020 wurde das besonders deutlich. Es gibt es Untersuchungen die belegen, dass nicht alle Regionen Deutschlands gleichermaßen davon betroffen sind, aber durchschnittlich höhere Einsamkeit wurde in den östlichen Regionen Deutschlands ermittelt. Je größer die Distanz einer Region zum nächsten Ort mit breiter Infrastruktur ist, desto höher auch die durchschnittliche Einsamkeit der Personen in der Region.

Durch eingeschränkte Mobilität, Verlust Erfahrung im familiären Umfeld, verstorbene Freunde und Bekannte, entfernt wohnende Angehörige oder sehr beschäftigte Angehörige verstärken sich die Einsamkeitsgefühle. Seit März 2020 gibt es deutschland-

weit ein einzigartiges Angebot für älteren Menschen mit Einsamkeitsgefühlen, das sich aber bis jetzt in Mecklenburg-Vorpommern noch viel zu wenig herumgesprochen hat. Unter der kostenlosen Rufnummer 0800/4 70 80 90 können Betroffene kostenfrei, anonym und vertraulich in der Zeit von 8:00 bis 22:00 Uhr einfach mal reden. Es meldet sich dann der Silbernetz e.V. mit einem dreistufigen Service:

Das Silbertelefon: Eine Verbindung direkt nach zuhause. Hier verschenken Ehrenamtliche (ausgebildete und empathische Zuhörer*innen) einen Teil ihrer Zeit und Energie, um in Gesprächen mit den Anrufer*innen deren Einsamkeitsgefühle zu mindern und somit auch deren Wohlbefinden zu steigern.

Ganz oft bedanken sich diese Menschen mit den Worten: „Wie schön, dass

ich mal mit jemandem reden konnte“ oder „Danke, dass Sie mir zugehört haben und Licht in meinen Tag gebracht haben“ oder „Schön, dass es dieses Silbertelefon gibt“.

Silbernetz-Freund*innen: Für regelmäßige persönliche Telefongespräche werden interessierte Senior*innen mit Ehrenamtlichen vernetzt, die dann einmal pro Woche für ein persönliches Gespräch anrufen.

Silberinfo: Deutschlandweit werden am Telefon Informationen zu Basisangeboten der Altenhilfe in Ländern und Kommunen gegeben.

Silbernetz e.V. wird gefördert vom Land Berlin und fünf Jobcentern sowie finanziell durch Stiftungen, Unternehmen und Spender*innen unterstützt.

Weitere Infos: www.silbernetz.org

Hilfe bei Hör- und Sehbehinderungen

Kompetenzzentrum berät kostenlos und unabhängig

Die Bewohner der Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim können sich freuen, denn seit dem 1. September ist Julia Pruseit, Leiterin des Kompetenzzentrums für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen in Schwerin, mit Ihrem Beratungsmobil für sie unterwegs. Im Gepäck hat sie viele interessante Anschauungsmaterialien und Informationen zu den Themen Hör- und Sehbehinderungen. Mit Ihren wertvollen Tipps und Tricks, beispielsweise zur Beantragung von Hilfsmitteln und deren Kostenerstattung bei Krankenkassen, steht Sie Betroffenen beratend zur Seite und bietet, neben den öffentlichen Sprechstunden an verschiedenen Standorten, auch informative Vorträge für Seniorengruppen an.

Speziell schreibt sich das Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen die kostenlose und unabhängige Unterstützung von Betroffenen in allen Lebenslagen auf die Agenda. Doch geht es dem Kompetenzzentrum nicht allein um die Beratung. Schwerhörigkeit hat mehrere Ursachen, so Pruseit. Durch die beständige Abnutzung von Haarzellen in der Cochlea (Hörschnecke im Innenohr) kommt es bereits ab dem 50. Lebensjahr zu Hörausfällen. Schäden können jedoch bereits davor, manchmal schon im Kindesalter, verursacht durch ein lautes Geräusch (Knalltrauma), auftreten. Diese Prozesse kann man nicht rückgängig machen. Aus diesem Grund ist es wichtig, bereits im jungen Alter auf das Gehör zu achten. So organisiert das Kompeten-

zentrum Präventionsveranstaltungen in Kitas, Schulen und Unternehmen. Seniorengruppen, Organisationen, Schulen, Unternehmen und Vereine sind dazu eingeladen, sich bei Interesse zu melden, damit weitere Vorträge und Beratungen organisiert werden und neue Projekte und Kooperationen entstehen können.

„Wer im Alter schlecht hört oder nicht mehr ausreichend sieht, fühlt sich oft allein und zieht sich zurück“. Dieses Verhalten sei ganz natürlich und komme sehr häufig vor, so Pruseit. Es sei wichtig, die fehlenden Sinneseindrücke so schnell wie möglich auszugleichen, da sonst Altersdepression oder Demenz folgen können.

Details und Termine:
www.hdb-sn.de

Aufsicht mit Weitsicht

Medienanstalt M-V feierte 30-jähriges Bestehen in Schwerin

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern hat am 10. November 2021 ihr 30-jähriges Bestehen mit einem Festakt und 70 geladenen Gästen in Schwerin begangen. Im November 1991 gegründet, nimmt die Medienanstalt seitdem ihre umfangreichen Aufgaben als Medienaufsichtsbehörde wahr. Anlässlich des Jubiläums wurde an die vergangenen Jahre erinnert, aber auch die Gegenwart und Zukunft wurden beleuchtet.

Die Vorsitzende des Medienausschusses Mecklenburg-Vorpommern, Marleen Janew, sagte: „Die Medienanstalt unterstützt viele Projekte finanziell, in denen Medienbildung und Medienkompetenz vermittelt werden. So hat sie seit dem Jahr 2000 etwa 350 Medienprojekte in Mecklenburg-Vorpommern mit insgesamt

vier Millionen Euro gefördert. Dazu gehörten die Medienwerkstätten in Wismar, Rostock, Neubrandenburg, Waren (Müritze) und Stralsund – aber auch Schulen, Vereine und Senioreneinrichtungen.“

In einer Videobotschaft betonte der Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Heiko Geue, die gute Zusammenarbeit mit der Medienanstalt: „Großartig, was in dieser Zeit geschafft worden ist. Gewacht wurde über die Medienvielfalt in Mecklenburg-Vorpommern, das stellt allerdings im privaten Bereich eine Herausforderung dar, weil wir nun mal ein dünn besiedeltes Bundesland sind. Umso mehr freue ich mich über die wirklich leistungsstarken und leistungsfähigen privaten Hörfunkveranstalter und lokalen TV-Programme.“

Der Stadtpräsident der Landeshauptstadt Schwerin, Sebastian Ehlers, wies in seinem Grußwort auf den rauen Ton hin, der oftmals im Internet herrsche: „Statt Sachlichkeit und gewinnbringender Diskussion geben leider sehr oft Empörung, Stammtischparolen und Falschinformationen ein lautstarkes Konzert im Netz. Da hört man nicht nur schräge Töne, sondern oft sogar strafrechtlich relevantes Getöse.“ Dies griff der Direktor der Medienanstalt, Bert Lingnau, in seinem Festvortrag auf: „Eine Medienregulierung mit Weitsicht stärkt die demokratische Gesellschaft. Sie stärkt die Pressefreiheit, fördert mediale Inhalte, die einen öffentlichen Wert besitzen und dem Gemeinwohl dienen. Sie stärkt die Wahrheit und schwächt den Aberglauben.“ ■

Räucherlachs

Achten Sie auf das Verbrauchsdatum!

Räucherlachs ist auch zu Weihnachten eine beliebte Delikatesse. Worauf sollte man beim Einkauf von geräuchertem Lachs besonders achten? Und wie lagert man ihn am besten?

„Räucherlachs ist ein leicht verderbliches Lebensmittel, deshalb gilt für

ren Zeitpunkt noch einwandfrei. Unverarbeitete oder kaltgeräucherte Fi-

schereierzeugnisse wie Räucherlachs zählen zu den Lebensmitteln, die am



ihn das Verbrauchsdatum“, sagt Antje Degner von der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern. Nach Ablauf dieses Datums sollte der geräucherte Lachs nicht mehr gegessen werden. Dies unterscheidet ihn von weniger empfindlichen Lebensmitteln mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum. Diese sind häufig auch zu einem späte-



Bei leicht verderblichen Lebensmitteln ersetzt das „Verbrauchsdatum“ das „Mindesthaltbarkeitsdatum“ (MHD).
Foto: Allwardt

häufigsten mit Listerien belastet sind. Für bestimmte Risikogruppen, wie Schwangere, Immungeschwächte, kleine Kinder und alte Menschen können die Bakterien stark gesundheitsgefährdend sein. Achtung: Die Verunreinigung mit Listerien führt zu keiner Geschmacksveränderung des Fisches. Folgendes sollten Sie beim Einkauf, bei der Lagerung und beim Verzehr von Räucherlachs beachten:

- Achten Sie beim Kauf unbedingt auf das Verbrauchsdatum, es sollte möglichst weit in der Ferne liegen!
- Halten Sie die Transportdauer kurz!
- Verzehren Sie die Produkte möglichst bald nach dem Kauf!
- Lagern Sie den Räucherlachs im Kühlschrank und halten Sie sich an die Temperaturempfehlungen des Herstellers!
- Lassen Sie den Lachs nur kurz bei Zimmertemperatur stehen bzw. stellen Sie auch nur so viel auf den Tisch, wie sie auch wirklich verzehren!



Lecker und gesund, wenn auf Frische geachtet wird.

Foto: Pixabay

- Verbrauchen Sie geöffnete Packungen möglichst schnell!
- Essen Sie den Lachs vor Ablauf des Verbrauchsdatums!
- Schwangere, immunschwache Menschen und Kleinkinder sollten besser ganz auf geräucherten Lachs verzichten!

Berücksichtigt man diese Tipps, dann kann Räucherlachs den Speiseplan durchaus bereichern. Er enthält hochwertiges Eiweiß sowie Vitamin D und er ist reich an gesundem Fett, den sogenannten Omega-3-Fettsäuren. ■

Praktische Hilfen zur Pflege (II)

Pflegestützpunkte unterstützen die Nationale Demenzstrategie

Frau und Herr M., beide über 80 Jahre alt, haben sich zu einem Beratungstermin im Pflegestützpunkt (PSP) angemeldet. Grund ihrer Sorgen sind veränderte Verhaltensweisen von Herrn M. Er wirkt oft zurückgezogen und bedrückt, verlegt Gegenstände, vergisst Termine und die Namen von Bekannten und findet manchmal nicht die passenden Worte, berichtet Frau M. Nach allgemeinen Informationen zur Arbeitsweise und Möglichkeiten des Pflegestützpunktes sowie zum Datenschutz werden die Erwartungen und Wünsche des Paares besprochen. Sie möchten Klarheit, ob eine Demenz vorliegt. Und sie benötigen eine Beratung über entsprechende Hilfsangebote. Beim Verdacht auf eine Demenzerkrankung bringt eine Diagnose Klarheit für alle Beteiligten. Diese kann durch einen Neurologen

oder in der Gedächtnissprechstunde der Klinik gestellt werden. Gerade bei der Beantragung eines Pflegegrades ist es sehr hilfreich, wenn eine Diagnose vorliegt, da das Verhalten und die kognitiven Fähigkeiten der Betroffenen gerade in der Anfangsphase noch sehr schwanken.



So kann in der kurzen Zeit der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst ein verfälschtes Bild entstehen und ein Pflegegrad eventuell abgelehnt werden.

Beim Ausfüllen des Antrags auf Pflegeleistungen nach SGB XI hilft die Beraterin des PSP. Sie informiert über den Ablauf des Verfahrens, gibt Tipps

zur Vorbereitung auf den Begutachtungstermin durch den Medizinischen Dienst und stellt entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung.

Nach vier Wochen meldet sich Frau M. und teilt mit, dass ihr Mann den Pflegegrad 2 erhalten hat. Nun will sie wissen, welche Leistungen Herrn M. zustehen und wie er diese erhält. Zeit für einen neuen Termin im Pflegestützpunkt oder ggf. auch zu Hause, wenn die Familie zusätzlich eine Wohnberatung wünscht, um ihre Wohnung langfristig barrierefrei umzugestalten. Bei Pflegegrad 2 kann Herr M. Pflegegeld (monatlich 316 €) erhalten. Er kann aber auch einen Pflegedienst nutzen, der stundenweise nach Hause kommt oder beides miteinander kombinieren. Herr M. entscheidet

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

sich vorerst für die Inanspruchnahme des Pflegegeldes. Auf Grund der Beratung im PSP weiß er, dass er dies jederzeit ändern und bei Bedarf einen Pflegedienst beauftragen kann. Je nach Wunsch und Hilfebedarf können Ratsuchende im PSP Informationen zu den verschiedenen Angeboten vor Ort erhalten, z.B. Pflegedienste, Tagespflegen, Betreutes Wohnen, Essen auf Rädern, Hausnotruf u.a.

Die Berater*innen im PSP informieren die Eheleute noch über viele weitere Möglichkeiten. So stehen ab Pflegegrad 1 Pflegebedürftigen zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel im Wert von 40 € monatlich (Corona bedingt zurzeit 60 €) zu, zum Beispiel für Einweghandschuhe, Mundschutz, Desinfektionsmittel, Schutzschürzen, Bettschutzeinlagen.

Nach einem halben Jahr der Pflege durch Frau M., die im Antrag als Pflegeperson eingetragen wurde, gibt es die Möglichkeit der stunden- oder tageweise Verhinderungspflege, wenn Frau M. aus verschiedenen Gründen die Pflege zeitweise nicht leisten kann. Auch eine Kurzzeitpflege (stationär) ist möglich, sollte Frau M. ausfallen und die Pflege in der Häuslichkeit nicht abgesichert sein.

Nach einigen Wochen erkrankt Frau M. und muss selbst viele Arzt- und Therapietermine wahrnehmen. Auf Anregung der Pflegeberaterin wird Herr M. in eine Tagespflege vermittelt, die er einmal wöchentlich von 8-16 Uhr besucht. In dieser Zeit kann seine Frau ihre Termine wahrnehmen und hat etwas Zeit für sich. Herrn M. gefällt es in der Tagespflege, wo er soziale Kontakte hat und Anregungen durch vielfältige Beschäftigungen erhält. Da er morgens und nachmittags von der Tagespflegereinrichtung gefahren wird, entstehen der Familie keine zusätzlichen Wege. Die Kosten für die Tagespflege übernimmt, bis auf einen Eigenanteil, die Pflegekasse. Durch den PSP erfährt die Familie von weiteren unterstützen-

den Angeboten des Zentrum Demenz und des Contact Helferkreises in Schwerin. In individuellen Beratungen gehen die speziell geschulten Mitarbeiterinnen dieser Institutionen nochmals besonders auf das Krankheitsbild und damit verbundene Begleiterscheinungen ein. Sie bieten Schulungen für Angehörige und für ehrenamtliche Helfer an, die durch stundenweise Betreuung in der Häuslichkeit Entlastung für die Pflegeperson schaffen können. Es gibt Angehörigengruppen, in denen sich die betroffenen Ehepartner/Familienmitglieder austauschen und Wissenswertes erfahren können. Das Zentrum Demenz lädt monatlich zu einem für jedermann offenen Informationsabend ein, wo interessante Themen in Verbindung zum Krankheitsbild von Fachleuten dargeboten werden. Es gibt eine Yogagruppe zur Entspannung für Angehörige, regelmäßige Tanznachmittage und einmal jährlich eine begleitete Urlaubsreise für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen.

Das Ehepaar entscheidet sich nach einigen Terminen dazu, dass Herr M. einmal wöchentlich nachmittags die Betreuungsgruppe besucht. Hier trifft er Menschen mit ähnlichen Problemen und erhält spezielle Beschäftigungsangebote, um seine kognitiven Fähigkeiten, Aufmerksamkeit und Konzentration zu schulen. Diese Angebote können größtenteils über den Entlastungsbetrag (125 € monatlich) abgerechnet werden.

Als sich nach mehreren Monaten bei Herrn M. eine zunehmende Orientierungslosigkeit und Hilfebedürftigkeit zeigt, regt die Beraterin des PSP an, eine Höherstufung des Pflegegrades zu beantragen sowie die Feststellung einer Behinderung beim Versorgungsamt. Bei Bedarf erhält die Familie Unterstützung beim Ausfüllen der Anträge im PSP.

Herr M. wird zu 100 % als schwerbehindert eingestuft und erhält die Merkzeichen H (hilflos) und B (Begleitung erforderlich). Diese Maßnahme,

verbunden mit dem Erhalt des Pflegegrades 3, ermöglichen der Familie, weitere Unterstützungs- und Entlastungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Dies ist notwendig, damit Frau M. die Pflege ihres Mannes auch zukünftig bewältigen kann. Frau M. hat als pflegende Angehörige Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen. Der PSP kann bei Bedarf Rehakliniken vermitteln, die auch den Pflegebedürftigen mit aufnehmen, so dass seine Versorgung und Betreuung abgesichert ist. Sollte das Ehepaar nur eine geringe Rente beziehen und die Leistungen der Pflegekasse nicht ausreichen, kann ein Antrag auf Hilfe zur Pflege beim Sozialamt gestellt werden. Auch hierbei können die Berater*innen des PSP auf Wunsch unterstützen.

Wenn Herr M. zunehmend körperliche Pflege benötigt, kann die Pflegeperson einen kostenlosen Pflegekurs besuchen. Dieser wird z.B. durch das Projekt PfiFF (Pflege in Familien fördern) in der Helios-Klinik oder inzwischen auch online angeboten.

Ein weiteres wichtiges Thema in den Beratungen ist die Vorsorgevollmacht. Durch eine Vorsorgevollmacht kann jeder bestimmen, wer sich um seine Belange kümmert, wenn der Betreffende selbst vorübergehend oder dauerhaft keine Entscheidungen mehr treffen kann. Zu allen genannten Angeboten erhalten Interessierte konkrete Auskünfte in den Pflegestützpunkten.

Die Berater*innen der PSP informieren sich laufend über aktuelle Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörige und vermitteln diese Unterstützungsmöglichkeiten an Betroffene, zum Beispiel kostenlose Online-Seminare und Beratungen, Hinweise auf neue Hilfsmittel, Online-Chats für Angehörige u.v.m. Auch das Internet als Informationsquelle gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Ihren nächsten Pflegestützpunkt finden Sie unter: www.pflegestuetzpunktmdv.de



Vitanas

Länger
besser
leben!

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark



Kriminalprävention

Sicherheit der Generation 60+

„Ihr Enkelsohn ist schwer an Corona erkrankt und benötigt dringend Medikamente im Wert von 5.000 Euro. Wenn Sie nicht umgehend das Geld aufbringen, wird er sterben!“ Wie würden Sie reagieren, wenn Sie einen derartigen Anruf erhalten? Schockiert zur nächsten Bank fahren und das Geld für die Übergabe abholen? Wir raten Ihnen: Legen Sie einfach auf! Wenn Sie unsicher sind, ob es Ihrem Enkelsohn wirklich gut geht, rufen Sie ihn unter der Ihnen bekannten Telefonnummer an. Und vor allem: Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen und übergeben Sie niemals Geld an fremde Personen.

Die sogenannten Trickstraftaten haben viele Gesichter – am bekanntesten ist wohl der klassische Enkeltrick, bei dem ein Verwandtschafts- oder Bekanntschaftsverhältnis vorgetäuscht wird. Weiterhin wird das Auftreten als falscher Amtsträger (z.B. falscher Bankmitarbeiter, falscher Polizeibeamter) vielfach genutzt. Es folgen der Gewinnspielbetrug (Vorauszahlung von Gebühren, um den Gewinn zu erhalten) und die Drohung aufgrund vermeintlicher Schulden, beispielsweise mit einer Kontopfändung. Die Betrüger gehen dabei teilweise sehr kreativ vor und machen sich auch aktuelle Entwicklungen zunutze. Im oben genannten Beispiel wird eine Corona-Erkrankung eines Familienangehörigen vorgetäuscht. Es sind auch Fälle bekannt, in denen angebliche Mitarbeiter eines Kontrollinstituts Bargeld einsammeln, um dies auf das Corona-Virus zu testen.

Auch ist seit kurzem festzustellen, dass die Täter sehr flexibel sind. Führt beispielsweise der klassische Enkeltrick nicht zum Erfolg, so werden in einigen Fällen die Opfer im Anschluss erneut unter der Legende des falschen Polizeibeamten angerufen. Es wird den Geschädigten dann erzählt, dass das vorherige Telefonat mitgehört wurde und die „Polizei“ nun die Mithilfe der Opfer benötige.

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL
und



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Die Täter spekulieren darauf, dass ihre Opfer nicht gut informiert und einfach zu verunsichern sind.

Daher ist es der Polizei bei der Präventionsarbeit sehr wichtig, die Bevölkerung über mögliche Gefahren aufzuklären und auch das Selbstbewusstsein zu stärken. Denn so können wir gemeinsam die Begehung von Straftaten verhindern.

Was kann ich also tun, wenn

... ein Anrufer sich nicht mit Namen vorstellt?

Seien Sie misstrauisch. Legen Sie gegebenenfalls den Hörer auf, wenn die Person sich nicht vorstellen will.

... der Anrufer vorgibt, ein Verwandter zu sein?

Vergewissern Sie sich, ob das stimmt. Rufen Sie zum Beispiel unter der bisher bekannten Nummer zurück. Lassen Sie sich den Sachverhalt bestätigen.

... der Anrufer Geld von Ihnen fordert? Legen Sie den Telefonhörer auf! Übergeben Sie niemals Geld an unbekannte Personen!

... sich jemand nach privaten Dingen erkundigt?

Geben Sie niemals Ihre familiären oder finanziellen Verhältnisse preis! Informieren Sie sofort die Polizei über den Notruf 110, wenn Ihnen ein Anruf verdächtig vorkommt.

Wichtig ist auch: Hören Sie auf Ihr Bauchgefühl! Wenn Ihnen etwas komisch vorkommt, scheuen Sie sich nicht, um Rat zu bitten. Bleiben Sie in Kontakt mit Ihrer Außenwelt. Reden Sie mit Angehörigen über dieses Thema. Die Betrugsmaschen der Kriminellen ändern sich, aber Ihr Instinkt bleibt! Übrigens wurden im Bereich der Trickstraftaten die höchsten Schäden im ersten Halbjahr 2021 mithilfe der Masche des falschen Bankmitarbeiters verursacht. Insgesamt wurde am häufigsten der Modus operandi des falschen Polizisten bzw. Anwalts bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Damit wurde diese Masche erstmals in Mecklenburg-Vorpommern am häufigsten bekannt. Bislang war der klassische Enkeltrick die vorherrschende Vorgehensweise. ■

Die Wahrheit ist eine unzerstörbare Pflanze. Man kann sie ruhig unter einem Felsen vergraben – sie stößt trotzdem durch, wenn es an der Zeit ist.

Frank Thiess (1890-1977), deutscher Schriftsteller



Mitreden, mitentscheiden, mitgestalten

BAGSO fordert mehr politische Teilhabe älterer Menschen

Die BAGSO ruft zu mehr politischer Teilhabe älterer Menschen auf. In ihrem Positionspapier „Mitentscheiden und Mitgestalten“ fordert sie, dass alle älteren und alten Menschen das Recht haben müssen, sich zu beteiligen. Dazu müssten auf allen politischen Ebenen die Möglichkeiten der politischen Teilhabe für Ältere gestärkt werden.

Zugleich ruft die BAGSO die älteren Generationen dazu auf, sich einzumischen und Verantwortung zu übernehmen.

Die BAGSO setzt sich dafür ein, dass Politik für ältere Menschen mit älteren Menschen gemacht werden

muss. Dies gelte ganz besonders vor Ort: Es brauche eine kommunale Seniorenpolitik, die auf Teilhabe und Mitverantwortung der älteren Bürgerinnen und Bürger setzt.

Die BAGSO fordert den Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, die Rahmenbedingungen für den Aufbau solcher Strukturen zu schaffen und dabei Zuständigkeit und Finanzierung verbindlich zu regeln.

Die BAGSO fordert zudem klare und verbindliche Strukturen für die Arbeit von Seniorenvertretungen.

Ihre Arbeit sollte in allen Bundesländern gesetzlich verankert werden.

Unabdingbar sei auch, dass diese Partizipation von Politik und Verwaltung gewollt sei und als Bereicherung gesehen werde.

Die BAGSO fordert auch, dass Menschen sich unabhängig von ihrem Lebensalter als gewählte Mitglieder in Parlamenten, kommunalen Räten oder in Wahlämtern engagieren können.

„Höchstaltersgrenzen für die Übernahme von Ämtern und Mandaten, ob sie beruflich oder ehrenamtlich ausgeübt werden, sind willkürlich und unangemessen“, heißt es in dem Positionspapier. Auch neue Formen der politischen Teilhabe wie zum Beispiel Bürgerräte seien wichtig, um Menschen für Politik zu interessieren. Deutlich ausgebaut werden müssten Angebote der politischen Bildung für ältere Menschen.

Download des Positionspapiers „Mitentscheiden und Mitgestalten“ unter: www.bagso.de/publikationen/

Zum Welttag der Patientensicherheit

Initiative fordert einfachen Zugang zur elektronischen Patientenakte

In Notfallsituationen, beim Facharztwechsel oder bei Krankenhausaufenthalten: Oft fehlt eine Übersicht über die verschriebenen Medikamente. Hier kann die elektronische Patientenakte (ePA) mit dem Medikationsplan Abhilfe schaffen. Bisher haben aber nur wenige Versicherte eine ePA. Der Zugang ist zu schwierig, verständliche Informationen und Begleitung der Versicherten fehlen. Anlässlich des Welttages der Patientensicherheit am 17. September forderte die Initiative „Medikationsplan schafft Überblick“ der BAGSO einen nutzerfreundlichen Zugang und patientenorientierte Information zur elektronischen Patientenakte.

„Der E-Medikationsplan als Teil der ePA enthält Daten über Medikamente samt Wirkstoff, Grund der Einnahme, Darreichungsform sowie Allergien und Unverträglichkeiten und ist

für viele Patientinnen und Patienten lebenswichtig. Daher ist es entscheidend, dass alle Versicherten eine Patientenakte bei ihrer Krankenkasse so niedrigschwellig, barrierefrei und selbsterklärend wie möglich beantragen, aktivieren und nutzen können“, sagte Prof. Dr. Claudia Schmitzke, Patientenbeauftragte der Bundesregierung und Schirmherrin der Initiative.

Die Initiative „Medikationsplan schafft Überblick“ kritisiert, dass die notwendigen Schritte zur Aktivierung der ePA für viele Nutzerinnen und Nutzer zu viele Hürden bergen, insbesondere für Menschen, die wenig Erfahrung mit digitalen Angeboten haben. So muss eine PIN für die Akte beantragt, die App heruntergeladen und eine persönliche oder digitale Identifizierung durchgeführt werden. Die persönliche Identifizierung ist häufig mit

zu hohem Aufwand verbunden, weil die Krankenkassen nur wenige Filialen betreiben. Die digitalen Verfahren zur Identifizierung sind nicht nutzerfreundlich gestaltet.

Um Behandlungs- und Einnahmefehler zu vermeiden sowie Wechselwirkungen von Arzneimitteln vorzubeugen, ist der Medikationsplan eine wichtige Errungenschaft. Patientinnen und Patienten haben einen gesetzlichen Anspruch auf den Medikationsplan in Papierform. Seit Januar 2021 kann er auch in der elektronischen Patientenakte digital gespeichert werden.

Die ePA wird von den Krankenkassen als App kostenlos bereitgestellt und kann auf mobilen Endgeräten installiert werden.

Auch eine Nutzung über PC und Laptop ist bald möglich.

Unzureichende Chancen auf Teilhabe im Alter

Studie zeigt erhebliche Unterschiede bei Angeboten der kommunalen Altenhilfe

Nur wenige Kommunen stellen in nennenswertem Umfang Teilhabestrukturen für ältere Menschen bereit. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in Auftrag gegeben hat. Die Befragung von 33 Städten und Gemeinden in vier Bundesländern zu Beratungsangeboten, Begegnungsräumen und der Förderung von ehrenamtlichem Engagement ergab, dass die kommunalen Angebote zur Teilhabe deutlich unzureichend sind. Die BAGSO fordert eine Initiative des Bundes, in die auch die Länder einzubeziehen sind. Ziel müsse es sein, dass die Angebote vor Ort dem Bedarf der Seniorinnen und Senioren entsprechen und für sie erreichbar sind. Die erheblichen Rückstände müssten zügig abgebaut werden.

„In dieser Zeit raschen und deutlichen Wandels der Altersstrukturen ist das Teilhabeangebot auch für Ältere besonders wichtig. Die Kommunen brauchen gestärkte Kompetenz, aber

auch die finanziellen Mittel dafür. Das wird auch helfen, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen näher zu kommen“, unterstreicht der Vorsitzende der BAGSO, Franz Müntefering.

In der Studie werden die Angebote für Teilhabe im Sinne von § 71 SGB XII eingesetzten Mittel in den befragten Kommunen verglichen. Das finanzielle Engagement reicht von 0 bis 34 Euro pro Jahr und Person ab 60 Jahren. Bei rund 20 Prozent der Kommunen tendiert der Mitteleinsatz gegen null, etwa die Hälfte der Kommunen wendet zwischen 2,80 und 8,30 Euro auf. Lediglich etwas mehr als ein Viertel der Kommunen investiert mehr in Teilhabeangebote für ältere Menschen. In diesen Kommunen existieren häufig gewachsene Strukturen, die auch eine systematische Planung der Altenarbeit umfassen, und Organisationen vor Ort sowie ältere Bürgerinnen und Bürger werden an Entscheidungsprozessen beteiligt.

Die Ergebnisse der Untersuchung basieren auf einer leitfadengestützten Befragung von Verantwortlichen in 33 Städten und Gemeinden sowie drei Landkreisen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Die Kommunen wurden so ausgewählt, dass insgesamt neun der elf von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Demografietyper abgebildet sind.

Die Befragung wurde zwischen Juli und September 2021 durchgeführt; als Bezugszeitraum wurde das Jahr 2019 gewählt, um pandemiebedingte Sondereffekte auszuschließen. Die Studie wurde von Jutta Stratmann, Fachberatung für Sozialplanung und Bürgerengagement (fastra), durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Die Studie „Vergleichende Untersuchung zur kommunalen Altenarbeit“ kann heruntergeladen werden unter: www.bagso.de/publikationen/

Digitale Hilfe für ältere Menschen gestärkt

Die Projektlaufzeit des Digital-Kompass wurde nun verlängert

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig der kompetente und sichere Umgang mit Internetangeboten und elektronischen Geräten insbesondere für ältere Menschen ist. Mehr als die Hälfte aller Internetnutzer über 60 Jahren wünscht sich laut DsiN-Sicherheitsindex 2021 digitale Aufklärung auch außerhalb des Internets. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat nun die Unterstützung des Digital-Kompass bis ins nächste Jahr verlängert. Seniorinnen und Senioren können damit weiterhin auf regionale Unterstützung für mehr digitale Teilhabe vertrauen.

Der Digital-Kompass als gemeinsames Projekt der BAGSO und Deutschland sicher im Netz (DsiN) bietet an seinen

deutschlandweit 100 Standorten kostenlose Sprechstunden, Workshops und zahlreiche Materialien rund um das Internet und die digitale Mediennutzung für Seniorinnen und Senioren an.

Um die eigenständige Arbeit der Standorte langfristig zu etablieren, bietet der Digital-Kompass verstärkt Schulungen für die ehrenamtlichen Internetlotsinnen und -lotsen an. Dazu zählen sowohl Angebote zur Freiwilligengewinnung als auch methodische Trainings, wie der Umgang mit digitalen Anwendungen älteren Menschen vermittelt werden kann. Durch weitere Vernetzung der einzelnen Standorte sollen die Kontaktaufnahme und der Erfahrungsaustausch künftig noch einfacher gelingen.

Dass der Digital-Kompass einen Nerv trifft, zeigt der aktuelle Evaluationsbericht zum bisherigen Projektverlauf. Darin geben drei von fünf Teilnehmern an, ihre Fragen in Ruhe und verständlich erklärt zu bekommen. Die praxisnahe Vermittlung weckt bei ihnen zudem „Lust auf mehr“ rund ums Internet.

Seit dem Projektstart 2016 haben bislang weit über 10.000 Teilnehmer über 600 Digitale Stammtische besucht, die ihr Wissen vielfach an andere Ältere weitergegeben haben. Dadurch konnten auch mehr als 300.000 gedruckte Lehr- und Lernmaterialien verbreitet werden. *Aktuelle Informationen zum Digital-Kompass erhalten Interessierte auf digital-kompass.de*

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

1. Neubrandenburger Senior*Innenkonferenz

Wie lebenswert ist Neubrandenburg? Was klappt gut im Miteinander der Generationen und wo gibt es Nachbesserungsbedarf. Die 1. Neubrandenburger Senior*Innenkonferenz bemühte sich um eine Bestandsaufnahme der Seniorenarbeit. Die Stadt Neubrandenburg und der Seniorenbeirat Neubrandenburg (SBNB) hatten zum 12. Oktober ins Haus der Kultur und Bildung unter Einhaltung der Hygieneregeln geladen. Von 70 eingeladenen Gästen nahmen 59 an dieser Konferenz teil.

Als Referenten waren eingeladen

- der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), Franz Müntefering,
- der Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Dietrich-Bonhoeffer-Klinikums, Dr. Rainer Kirchhefer und
- die Projektleiterin Bewegungsförderung für ältere Menschen in MV des Landessportbundes M-V e.V., Carolin Tegethoff.

Silvio Witt, Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, eröffnete die Konferenz und wies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels in der Stadt zu schaffen. Die Senioren würden bald den größten Anteil der Stadtbevölkerung ausmachen, bereits jetzt bildeten sie schon ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl von Neubrandenburg. Daraus erwachse für die Institutionen der Stadt, im Zusammenwirken mit den kommunalen Kräften, die überaus anspruchsvolle Aufgabe, sich auf diese sozialen Veränderungen einzustellen. Die Stadt Neubrandenburg müsse für Jung und Alt lebenswert und ein Beispiel für die Bewältigung des demografischen Wandels in unserer Zeit sein. Die Senioren von heute wollten



Der Vorsitzende des SBNB Peter Lundershausen, Franz Müntefering und Stadtpräsident Dieter Stegemann.

Foto: Chr. Jenewsky

mitgestalten und ihre Lebenserfahrung aktiv einbringen, insbesondere der Seniorenbeirat zeige immer wieder neue Möglichkeiten auf.

Überzeugend setzte sich Peter Lundershausen, der Vorsitzende des SBNB, in seinem Redebeitrag mit den Herausforderungen des demografischen Wandels in unserer Zeit auseinander, gab Antworten auf aktuelle Fragen und Probleme und zeigte mögliche Lösungswege auf. Zentrale Herausforderung ist das Älterwerden der Menschen und die damit verbundenen Konsequenzen für die Stadt. Eingeschlossen und damit einhergehend angesprochen wurde auch die Mitverantwortung aller Neubrandenburger*innen. Neben der Darstellung der Sorge und Pflege in Neubrandenburg und den vorhandenen Möglichkeiten, angefangen bei den Begegnungsstätten, über die Einrichtungen für Betreutes Wohnen bis hin zu den Pflegeheimen, dem Pflegestützpunkt, den Selbsthilfegruppen, dem Hospizdienst, der Bildung und dem Sport im Seniorenbereich konnte festgestellt werden, dass die geforderten objektiven Rahmenbedingungen in Neubrandenburg fast

vollständig gegeben sind. Angesprochen wurde aber auch, dass es eine regelmäßige Altenberichterstattung geben muss, sowie die erforderliche Neuausrichtung und Modernisierung der rechtlichen Grundlagen der Altenpolitik wie auch der Arbeit mit und für Senior*innen in der Kommune. Es fehlt bis heute noch immer ein seniorenpolitisches Konzept, bzw. seniorenpolitische Leitlinien, in dem sich die Vielschichtigkeit des Alters unter der Berücksichtigung der differenzierten Lebenslagen widerspiegelt.

Franz Müntefering trat mit mahnenden Worten auf: „Der Tod gehört vielleicht nicht zum Leben, das Sterben auf jeden Fall“. Das Voranschreiten der Jahre vor allem als inneren Reifeprozess zu sehen, ist viel gesünder, als sich innerlich dagegen aufzubauen. Dabei bestimmt die Einstellung – und die hat viel mit der inneren Reife zu tun – wesentlich über unser Schicksal mit. Sein zentrales Anliegen war: Senioren müssen mehr gehört werden, das Gespräch mit ihren Mitmenschen suchen und diese müssen auch zuhören. Die eigene Gesundheitsvorsorge

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

lässt sich mit regelmäßigen sozialen Kontakten verbinden und vermeidet Einsamkeit. Es gibt zu viele Einpersonenhaushalte in unseren Städten. Es muss grundsätzlich gegen die Vereinsamung vorgegangen werden. Aber allein zu leben bedeutet nicht gleichzeitig auch Einsamkeit. Hier ist die Mitverantwortung der Kommune angezeigt. Ihnen müssen mehr Angebote gemacht werden, damit sie nicht allein zu Hause sitzen. Ältere Menschen wollen arbeiten und sich gebraucht fühlen. Was individuell erstrebenswert ist, stärkt auch die Gesellschaft und ist von großer Bedeutung für das sozialstaatliche Gleichgewicht. Das kann eine Erfolgsgeschichte werden, wenn wir Älteren und Alten mitmachen. Dieses Kräfte-reservoir bleibt leider oft ungenutzt – oder es werde zu schlecht bezahlt. Ältere Menschen übernehmen zunehmend mehr freiwillige Aufgaben. Aber auch das Thema der zunehmenden Altersarmut spielte in seinem Redebeitrag eine große Rolle.

Dr. Rainer Kirchhefer sprach in seinem Beitrag die „seelische Gesundheit im Alter“ an. Die Gefahr der Einsamkeit im Alter sei sehr hoch und fördere seelische und Suchterkrankungen. Der Referent legt dar, wie verschiedene Maßnahmen die Einsamkeit und soziale Isolierung verringern können und was der Staat und die Kommune dabei leisten können.

Carolin Tegethoff erläuterte in ihrem Vortrag die Aufgaben des Landessportbundes, Gedanken der Wissenschaft zum Thema Bewegung im Alter und in diesem Zusammenhang die Gesundheitsziele in MV. Gesundheit im höheren Alter ist die Voraussetzung für eine lange Selbständigkeit und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Bewegung verbessert das physische und geistige Wohlbefinden und ermöglicht ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben und somit eine Verbesserung des Lebensgefühls. Wichtig ist es aber, dass man sich nicht überlastet und auf seinen Körper hört. Es spricht nichts dagegen, im Alter auch einen neuen Sport auszuprobieren. Not-

wendig ist es auch, mehr Angebote für Seniorensport innerhalb der Regionen zu machen. Dazu zählen auch Tanzen, Wandern oder Schwimmen. In der anschließenden Diskussion, moderiert durch Jenny Pöller, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule Neubrandenburg, wurden verschiedenste Themen angesprochen, die durch den Stadtpräsidenten Dieter Stegemann und die Referenten beantwortet werden konnten. Es ging in erster Linie um den Erfahrungsaustausch und viele neue Ideen, um den Alltag für die Älteren in unserer Gesellschaft zu verbessern. Dabei soll aber auf keinen Fall der Generationendialog zu kurz kommen. Mehr denn je geht es darum, Schnittmengen und Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Interessengruppen zu suchen, zu erkennen und zu nutzen, ganz besonders im Schulterschluss mit den jüngeren Generationen.

Als Quintessenz kann eingeschätzt werden, dass die Konferenz ein Erfolg in der Seniorenarbeit war. Es gab viel Lob und machte Mut, dieser Konferenz weitere folgen zu lassen. ■

Der Vorstand des SBNB im Lernprozess

Die Verwendung des Internet ist für viele Senioren mit Schwierigkeiten bis hin zur Ablehnung verbunden. In ihrem Berufsleben hatten sie keinen oder nur wenig Kontakt damit, das Verständnis für diese neuartigen Geräte wie Computer, Handy oder Tablet muss, anders als bei der Folgegeneration, erst aufgebaut werden. Nicht selten ist die Ablehnung von neuester Technik die Folge.

Dies hatte auch der Vorstand des Seniorenbeirates Neubrandenburg (SBNB) erkannt, wollte hierbei mit gutem Beispiel vorangehen und hatte sich im Zuge der Corona-Pandemie zur Verbesserung der Arbeit Tablets angeschafft. Mit diesen hieß es nun zu arbeiten. Da es nicht allen leicht fiel, wurde vereinbart, Weiterbildungen mit



Eckhard Gründer und Helga Stoll beim Üben. Foto: Peter Lundershausen

diesen Tablets zu organisieren. Durchgeführt wurden bisher 9 Schulungen. Diese fingen an mit dem Erlernen der Umgangstechniken, der Bedienung und gingen bis zum Kennenlernen der

Software. Geübt wurden anhand von praktischen Beispielen die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten, die sich neu in der Kommunikation auftaten. Als Unterweiser fungierte SilverSurfer Peter Lundershausen, der für alle Teilnehmer die jeweiligen Lektionen vorbereitete und als Handzettel auch jedem Teilnehmer übergab.

Im Fazit konnte festgestellt werden, dass die Beschäftigung mit dem Medium Internet lohnend ist. Über die Anwendung der verschiedensten Programme bis zum E-Mail-Verkehr, die zweckmäßige Nutzung der Kamera als Scanner und die Arbeit mit dem Notizprogramm Samsung Notes wurden alle notwendigen Techniken erlernt. Nach anfänglicher Überwindung wurde der große Nutzen dieser

neuen Technik erkannt und eventuell vorhandene Befürchtungen beiseitegelegt. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass derjenige, der sich

auf die Arbeit mit dem Tablet einlässt, neue Formen der Kontaktmöglichkeiten findet und seine Arbeit effektiver durchführen kann.

Damit hat der Vorstand des SBNB sich neue Wege erschlossen, um seine Arbeit und die Verständigung untereinander zu verbessern. ■

Bitte nehmen Sie Platz!



Reichlich Plätze für generationsübergreifende Begegnungen. Offizielle Einweihung der Generationenbank mittels Anbringen einer Plakette durch (v.l.n.r.) Peter Lundershausen, Vorsitzender des SBNB, Dieter Stegemann, Stadtpräsident NB, Silvio Witt, Oberbürgermeister NB.

Beim Generationenspaziergang im August 2020, einem gemeinsamen Projekt von BildungsCent e.V. Berlin mit der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, wurde von Jung und Alt gemeinsam die Idee entwickelt, im Kulturpark einen Generationentreff zu installieren. Diese Idee wurde jetzt in Form einer ganz besonderen Generationenbank in die Tat umgesetzt. Heute wurde die Generationenbank im Kulturpark

eingeweiht. Die Bank ist auf der Wiese an der Oberbachbrücke nicht zu übersehen. Die Mitarbeiter des städtischen Bauhofs haben das Sitzmobiliar so groß gebaut, dass Platz für rund 50 Menschen jeden Alters ist. Stadtpräsident Dieter Stegemann, Oberbürgermeister Silvio Witt, zahlreiche Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter und alle am Projekt Beteiligte waren zur Einweihung in den Kul-

turpark gekommen. Der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Peter Lundershausen, drehte die symbolisch letzte Schraube in das auf der Bank befestigte Schild. Da lässt sich auch nachlesen, wie die Idee zur Generationenbank entstand. Wir bitten, Platz zu nehmen!

*Christina Küster
Gleichstellungsbeauftragte
Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg*

HANSESTADT ROSTOCK

Rheuma hat viele Gesichter

Gemeinsam sind wir stark – das ist das Motto der 600 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Rostock der Deutschen Rheuma-Liga Mecklenburg-Vorpommern e.V. Sie ist das organisatorische Dach der acht Selbsthilfegruppen in der Hansestadt, die den zumeist älteren und in der Mobilität eingeschränkten Mitgliedern, Betroffenen und Interessierten unterstützende Angebote zur Bewältigung des Alltags mit der Krankheit und der Ge-

währleistung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geben. Im Dreiklang der Angebote von sozialer Beratung, Bewegung und Begegnung finden hier die Betroffenen zusätzlich zur medizinischen Therapie die Chance, sich mit ihrer Krankheit im Alltag auseinanderzusetzen. Dies ist heute dringender denn je: die Patienten werden jünger, Rheuma kennt kein Alter, die diagnostizierten Erkrankungen nehmen statistisch zu.

Seit Juni findet im neuen Kontakt- und Servicebüro der AG in der Lange Str. 2 im Stadtzentrum, gut ÖPNV-angebunden und barrierefrei, zweimal wöchentlich die ehrenamtliche soziale Beratung statt.

Mit organisatorischer Unterstützung der Landesgeschäftsstelle der Rheuma-Liga MV e.V. wird für 450 Rostocker/(innen) allwöchentlich das thera-

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

peutische, ärztlich verordnete Funktionstraining (Warmwassergymnastik und Trockengymnastik) organisiert. Mit Nordic Walking gibt es ein zusätzliches, wöchentliches Bewegungsangebot, das ab 2022 auf Wandern und Radfahren ausgebaut wird.

Soziale Begegnungen fördern vor allem die monatlichen Treffs in den Selbsthilfegruppen.

Zu den fünf bestehenden kamen in den Stadtteilen Lichtenhagen, Stadtmitte und Rostock-Ost in diesem Jahr drei Gruppen hinzu. Die Warnemünder SHG beging dieses Jahr schon ihr 15-jähriges Bestehen. In den Selbsthilfegruppen werden vor allem Veranstaltungen in Verbindung mit The-



Bewegung und Begegnung schaffen neben der Beratungskomponente Linderung.

Foto: Bundesverband Deutsche Rheuma-Liga e.V.

men zum rheumatischen Formenkreis organisiert. Und der Erfahrungsaustausch kommt nicht zu kurz.

Neue Veranstaltungsformate wurden entwickelt, so das auf eigenes Mit-

machen fokussierte kleine „Rheuma-Café kreativ“ und das „Rheuma-Café“ selbst. In Kooperation mit dem zertifizierten Rheumazentrum am Südstadtklinikum Rostock war hier Start im September. Chefarzt Dr. med. Norman Görl stellte das Leistungsspektrum des Zentrums vor.

Für 2022 bestimmen die Mitglieder der Selbsthilfegruppen die Fragestellungen dieser Gesprächsrunden selbst. So werden zweimal jährlich Patienteninformationsveranstaltungen für alle Selbsthilfegruppen nutzbar organisiert.

Im „Rheuma Cafe“ (viermal jährlich) werden zu den verschiedensten Themen „Rheuma und ...“ Angebote unterbreitet, so z.B. am 02.12.21 „Rheuma und Humor“.



Zu einer Festveranstaltung unter dem Thema „10

Jahre Ehrenamt im Landkreis Rostock – hier lüpft wat“ hatte Landrat Sebastian Constien am 3. September 2021 in Güstrow auf den Franz-Parr-Platz eingeladen. Als Gäste waren u.a. die Sozialministerin Stefanie Drese und Innenminister Torsten Renz anwesend, die Grußworte an die anwesenden Gäste von der Landesregierung überbrachten.

Landrat Constien würdigte in seiner Festrede besonders das Engagement der vielen Bürger, die über viele Jahre eine ehrenamtliche, aufopferungsvolle Tätigkeit im Landkreis leisten. Dafür zeichnete er einige Bürger mit der **Ehrenmedaille des Landkreises Rostock in Silber** aus. Darunter drei Seniorinnen des Landkreises Rostock für ihre persönlichen langjährigen Leistungen:

- Die Vorsitzende des Stadtseniorenbeirates Bad Doberan, **Marianne Böckenhauer**, die in der Stadt über

LANDKREIS ROSTOCK

Zehn Jahre Ehrenamt im Landkreis Rostock



Gruppenbild der geehrten Mitglieder des Seniorenbeirates und Honoratioren.

viele Jahre eine bemerkenswerte ehrenamtliche Arbeit leistet.

- **Karin Brümmer**, die mit Ihren 88 Jahren als Mitglied des Kreissenorenbeirates und im DRK immer aktiv über viele Jahre eine konstruktive Arbeit geleistet hat.
- **Heide-Marie Lübbert** war über viele Jahre Vorsitzende des Stadtseniorenbeirates der Stadt Teterow und

Vorstandsmitglied des Kreissenorenbeirates des Landkreises Rostock. Unter ihrer Leitung hat sich der Stadtseniorenbeirat unter den Senioren der Stadt Teterow und auch darüber hinaus einen anerkannten Namen gemacht.

*Jürgen Lorenz
Vorsitzender Kreissenorenbeirat
Landkreis Rostock*

Foto: Andre Hamann

Wenn Jung und Alt zusammen kochen

Einmal im Monat treffen sich in der Küche des Betreuten Wohnens der Diakonie Güstrow in Groß Wokern die Bewohner*innen mit Kindern aus der Grundschule „Zu den Linden“ der Johann-Pogge-Schule Lalendorf. Sie sind hier zum Kochen verabredet. Die Älteren geben gern Kochtipps und die Jungen lernen gern dazu, auch außerhalb des Unterrichts. „Ich weiß jetzt, wie man richtig Pellkartoffeln schält“ erzählt ein Junge und „ich habe zum ersten Mal Rosenkohl zubereitet“ ruft ein Mädchen. Wenn es mal brenzlig wird am Herd, steht Ronald Janda als Sozialpädagoge den Kindern zur Verfügung. Dass denen das Projekt Kinder-Mahl-Zeit, das bisher nur in Güstrow regelmäßig verfolgt wurde, richtig Spaß macht, zeigt sich schnell. „Es sind nur zwei Stunden, aber die kommen einem vor wie eine halbe Stunde. Wenn man Spaß hat, vergeht die Zeit irgendwie besonders schnell“, meint Anna Luisa aus der vierten Klasse.

Auch für die Bewohner*innen ist das Projekt ein besonderer Höhepunkt. Einige Enkelkinder leben sehr weit entfernt oder man bekommt sie nur



Schüler*innen der Johann-Pogge-Schule mit ihrer Lehrerin Frau Borchardt und Diakonie-Projektmanager Michael Noske.

Foto Juliane Brettmann

selten zu Gesicht. „Es ist eben mal eine Auszeit vom Alltag, wenn eine andere Generation zu Besuch kommt“, weiß Projektmanager Michael Noske. Mit unserem Projekt Kinder-Mahl-Zeit fördern wir die gesunde Entwicklung von Kindern. Vor allem in Güstrow sind wir unterwegs, um Kinder und Jugendliche an eine gesunde Ernährung heranzuführen, gemeinsam

eine warme Mahlzeit zu kochen und zu reden. Das Angebot wird von den Kindern deshalb so gut angenommen, weil sie hier nicht nur gutes Essen bekommen, sondern über ihre Sorgen und Nöte im Alltag und in der Schule sprechen können. Viele positive Rückmeldungen aus den Schulen und Elternhäusern zeigen, wie wichtig dieses Angebot ist. ■

Kurzzeitpflege in Güstrow geht an den Start

Am 1. September 2021 wurde am Platz der Freundschaft in Güstrow die erste Kurzzeitpflege im Landkreis Rostock feierlich eröffnet. Damit schließt die Diakonie Güstrow eine besonders wichtige Versorgungslücke in der Region. Sicher war der Weg vor allem aufgrund bürokratischer Hürden von der Idee bis hin zur Genehmigung der Betriebsaufnahme nicht immer einfach. Aber mit gemeinsamen Anstrengungen konnte die Diakonie Güstrow auch diesen Weg sehr gut bewältigen. Es ist am Ende eine Kurzzeitpflegeeinrichtung entstanden, die sich aufgrund der geschmackvoll gestalteten Räumlichkeiten und der



Eröffnungsfeier im Innenhof der neuen Pflegeeinrichtung.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

modernsten, pflegerischen Einrichtungen sehen lassen kann.

Die Nachfrage ist enorm – ob aus der Häuslichkeit oder aus den umliegenden Kliniken. „In wenigen Tagen sind wir bereits für einige Zeiträume komplett ausgebucht“, gesteht Pflegedienstleiterin Theresa König am Eröffnungstag stolz. Damit sprach sie über die 15 Kurzzeitpflegeplätze, die auf 11 Einzelzimmer und zwei Doppelzimmer verteilt sind.

Schnell konnte ein motiviertes Team gefunden werden, das schon beim Einrichten der Kurzzeitpflege und bei den Vorbereitungen der Eröffnungsfeier sehr gut harmonierte. Auch die

ersten fünf Gäste konnten bereits ihre neuen Zimmer beziehen und die Eröffnung bei strahlendem Sonnenschein live miterleben. Vertreter*innen umliegender Krankenhäuser sowie der Barlachstadt Güstrow, des Pflegestützpunktes, des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung und viele mehr waren gekommen, um der neuen Kurzzeitpflege alles Gute für die Zukunft zu wünschen.

Kurzzeitpflegegäste, die mindestens über einen Pflegegrad 2 verfügen, haben die Möglichkeit, bis zu zweimal 28 Tage im Jahr die Kurzzeitpflegeeinrichtung zu nutzen. Einerseits für 28 durch Kurzzeitpflege und andererseits für 28 Tage durch Verhinderungspflege. Für diesen gesamten

Zeitraum stellt die Pflegeversicherung zweimal 1.612 EUR für die Pflege und Betreuung zur Verfügung. Damit kann der Pflegebedürftige aus einem Gesamtbudget von 3.224 EUR schöpfen. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung trägt er selbst. Darüber hinaus ist auch die „Kurzzeitpflege bei fehlender Pflegebedürftigkeit“ möglich.

Es ist gesetzlich geregelt, dass Krankenversicherte für eine Übergangszeit ebenfalls wie Pflegebedürftige einen Anspruch auf Kurzzeitpflege haben, wenn die Leistungen der häuslichen Krankenpflege zuhause nicht erbracht werden können.

Info: www.diakonie-guestrow.de



LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Neuer Seniorenbeirat für Pampow

Zehn Mitglieder der Gemeinde Pampow haben sich Mitte Oktober zusammengefunden und wollen künftig Ansprechpartner und Sprachrohr für die Senioren sein und das Gemeindeleben mitgestalten. Vorstandsvorsitzende ist Elke Rattunde.

Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirats

Für den 30. September 2021 hatte der Kreissenorenbeirat Landkreis Ludwigslust-Parchim zur diesjährigen Mitgliederversammlung eingeladen. Sitzungsort war der moderne Solitär, das neue Konferenz- und Sitzungszentrum des Landkreises, das erst am 3.9.2021, am Vortag des 10. Kreisgeburtstages, eröffnet worden war.

Als Gäste konnte die Vorsitzende des Kreissenorenbeirates, Ilona Mundt-Schalk, den Vorsitzenden des Landessenorenbeirates, Bernd Rosenheinrich, Apl. Prof. Dr. Regine Herbrich, Leiterin der Kreisvolkshochschule, Angelika Lübcke, Ehrenamtskoordinatorin im Landkreis, Ursula Fritsche, Initiativgruppe „Vereine Miteinander“, Crivitz, sowie die Präventionsberater der Polizeiinspektion Ludwigslust begrüßen.

Herr Rosenheinrich erinnerte in seinem Grußwort u.a. an den bevorstehenden „Tag der Älteren Menschen“ und wo wir alle in diesem Zusammenhang immer wieder den Finger in die Wunde legen müssen, denn hier liegt noch vieles im Argen. Seien es die ungenügende Anzahl an Pflegekräften in den Heimen, die Altersdiskriminierung, kaum Zugang zu digitalen Medien, Umsetzung der Rechte Älterer, die UN-Rechtskonvention und vieles mehr. Zum Schluss seiner Ausführungen wies Herr Rosenheinrich auf das 12. Altenparlament am 20. Oktober 2022 hin.

Angelika Lübcke, Ehrenamtskoordinatorin des Landkreises, stellte die Ehrenamtskarte des Landes vor und warb für sie als Anerkennung und Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeit. Zurzeit unterstützen 77 Betrie-

be die Karte. Jede Bürgerin/jeder Bürger kann die Karte beantragen, wenn innerhalb der letzten drei Jahre 250 Stunden oder pro Woche mindestens 5 Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet wurden. Anträge können über die Mitmachzentrale der Kreise und kreisfreien Städte von Einzelpersonen, Verbänden und Kommunen gestellt werden. Frau Lübcke ermunterte die Anwesenden, das positive Anliegen der Ehrenamtskarte zu unterstützen und in die Breite zu tragen. Ursula Fritsche, die über den Landesessenorenring zur Seniorentainerin ausgebildet wurde, schilderte sehr eindrucksvoll, wie sie die Ausbildung persönlich empfunden hat und wie sie sie bereichert hat. Als Ergebnis der Ausbildung stellte sie ihr ehrenamtliches Projekt, „Vereine miteinander“

der“ der Stadt Crivitz, vor. Es war kein einfaches Unterfangen, die 44 Vereine der Kleinstadt mit 5.000 Einwohnern zusammenzuführen und zu vernetzen. Besonders lobend hob Sie die Unterstützung des Kultur- und Sportausschusses sowie der Bürgermeisterin, die gleichzeitig die Schirmherrin des Projektes übernahm, hervor.

Mit Stolz konnte Frau Fritsche berichten, dass die Zielstellung, die Vereinsstrukturen zu unterstützen und zu vernetzen, gelungen ist. Es gibt heute sowohl eine Übersicht aller Vereine, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Termin-

planung, Veranstaltungen sowie ein gemeinsames Logo. Nur die Integration der Senioren steht noch aus, aber in einer der nächsten Stadtvertretersitzungen soll die Etablierung eines Seniorenbeirates erfolgen.

Apl. Prof. Dr. Regina Herbrich beschrieb die Arbeit und Möglichkeiten der Volkshochschule während der Pandemie. Es konnten kaum Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden und so beschränkte sich die Arbeit mehr oder weniger auf digitale Kurse. Aus der Erfahrung mit der Pandemie wird es zukünftig sowohl Präsenz- als auch Onlineveranstaltungen von der VHS geben, die dem neuen Herbstkatalog zu entnehmen sind.



Perfekter Ort für die Mitgliederversammlung: Der nagelneue „Solitär“ in Parchim.

Foto: LK LUP/FD 16

In ihrem Bericht über die Arbeit des Kreissenorenbeirates erklärte die Vorsitzende, Frau Ilona Mundt-Schalk, dass der KSB leider auch nur eingeschränkt unter den Pandemiebedingungen arbeiten konnte. So konnten Vorstandssitzungen anfangs nur als Telefonkonferenzen und später dann als Onlineveranstaltung durchgeführt werden. Besonders schwierig gestaltete sich die Arbeit mit den Mitgliedern. Hier wurde aber der briefliche Kontakt gehalten. Ein großes Dankeschön galt dabei allen Mitgliedern, die sich in der schwierigen Zeit bemüht haben, Kontakt zu den Älteren vor Ort zu halten und Mut zum Durchhalten zu verbreiten.

Nach den Ausführungen von Ilona Mundt-Schalk gab es kurze Information aus der Arbeit von kommunalen Seniorenbeiräten.

Frau Anett Nuklies, Koordinatorin des Kreissenorenbeirates des Landkreises, gab noch einige Informationen wie z.B. zum bevorstehenden „Silver Surfer“-Lehrgang.

Der Abschluss der Mitgliederversammlung wurde durch die Präventionsberater der Polizeiinspektion Ludwigslust mit einem Theaterstück unter dem Motto „Schnäppchenangebot im Supermarkt“ mit Blick auf Fahrtüchtigkeit und -sicherheit im Alter sowie mit einem kleinen Augenzwinkern gestaltet.

Hanne Gutzmann

Boizenburger Beirat ernennt Ehrenvorsitzende

Novum im Boizenburger Beirat für Senioren und Behinderte: Zum ersten Mal hat sich das Gremium in seiner fast 30-jährigen Geschichte dazu entschlossen, gemeinsam mit der Stadt eine Ehrenvorsitzende zu ernennen. Die Urkunde überreichten Bürgermeister Harald Jäschke und Christine Dyrba an Christel Neumann. Sie würdigten damit, wie der städtische Verwaltungschef in seiner Laudatio sag-

te, die herausragenden Leistungen einer sehr engagierten Boizenburgerin, die seit dem 20. Mai 2003 die Geschicke dieses kommunalen Beraters maßgeblich prägte. Christel Neumann habe, so Harald Jäschke weiter, mit viel Herzblut den Beruf der Grundschullehrerin ausgeübt. Als Beiratsvorsitzende sah sie die Aufgabe der Gemeinschaft Gleichgesinnter darin, Interessenvertreter und Sprachrohr

für mehr als ein Drittel der Elbestädter zu sein. Dabei bewies sie ein beeindruckendes Durchhaltevermögen. Verschiedenste Veranstaltungen, wie jährliche Berichte vor der Stadtvertretung, unterschiedliche thematische Treffen und vor allem das Angebot ihrer monatlichen Sprechstunden seien dafür nur einige Beispiele.

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Doch dem beistehenden Ratgeber der Stadt drohte wegen sinkender Mitgliederzahlen fast sein Aus. Insbesondere den beiden schon länger gedienten Mitstreitern Christine Dyrba und Helmut Nass gelang es, diesem Trend entgegenzuwirken. Gemeinsam mit Eva-Maria Fechner bilden sie den dreiköpfigen, neu gewählten Vorstand des Beirates. Sein Personalkarussell hat sich weitergedreht. Neue Gesichter kamen dazu, um mit frischem Schwung alte Ziele zu verfolgen.

Die unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle Institution strebt weiter danach, was sie sich bei der Gründung 1994 mit ihrem ersten Chef Erwin Ressel und intensiver Hilfe aus der Partnerstadt Lauenburg auf die Agenda schrieb. Der Beirat agiert als Vermittler für alle Einwohner. Dabei geht es vordergründig um Lebenshilfe, Integration und Belange der älteren Bürger und Menschen mit Handicap. Große Aufmerksamkeit gilt der historischen Altstadt. In den Lücken des Kopfsteinpflasters ihrer sanierten Straßenzüge bleiben oft Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen stecken. Zudem ist das sichere Überqueren der einstigen B5 in diesem Gebiet nicht selten ein Problem, welches eine Fußgängerampel oder zumindest ein Zebrastreifen entschärfen könnte. Barrierefreiheit ist auch ein Wunsch für Museen und andere Einrichtungen. Und dann ist da noch



Die Gratulation der Ehrenvorsitzenden: (v.l.n.r.) Die Beiratsmitglieder Traute Pohl, Helmut Nass und Christine Dyrba mit ihrer Ehrenvorsitzenden Christel Neumann und Bürgermeister Harald Jäschke.

Foto: Ronald Schuldt

die Idee einer Kleinbahn, die als Attraktion für Einheimische und Touristen wie früher zwischen Bahnhof und Hafen pendelt.

Bis dahin ist es ein weiter Weg, den der Beirat im respekt- und vertrauensvollen sowie konstruktiven Dialog mit den Entscheidungsträgern der Stadt beschreiten will. Die Voraussetzungen sind vielversprechend: Mit dem städtischen Fachbereichsleiter für Finanzen und Senioren Jörn Pamperin hat ein direkter Ansprechpartner der Verwaltung ein offenes Ohr. Christine Dyrba kann sich ihrerseits als gewähltes Mitglied für die SPD in der Stadtvertretung und als solches auch im Kreistag Gehör verschaffen. Sie weiß, dass sie für den Erfolg Mehr-

heiten gewinnen muss. Harald Jäschke sieht dabei die gesammelten Erfahrungen der älteren Generation durchaus als gemeinsames überzeugendes Argument.

Der Beirat bleibt, wie der neue Vorstand versicherte, an den Problemen und Hinweisen der Elbestädter für ein besseres Wohnumfeld interessiert. Gelegenheiten, diese anzusprechen, bieten sich auch künftig an jedem ersten Mittwoch im Monat von 10 bis 11 Uhr. Vorbehaltlich anderer Entscheidungen oder Corona-Verordnungen ist der Rathaussaal der bekannte Treffpunkt. Hier sind auch jene willkommen, die sich im Beirat für die Senioren einbringen möchten.

Dietmar Kreiß

Miteinander in Leezen und Plate

Vor dem neuen Hochbeet stehend ermutigt Ute Bähr, Leiterin der Johanniter-Kita „Zwergenparadies“ in Leezen die gespannten Kinder an den frisch gepflanzten Heil- und Gewürzpflanze zu schnuppern. Bei den beiden ebenfalls neuen Hochbeeten daneben summen Bienen und Hummeln an wild rankender Kapuzinerkresse und leuchtenden Sommerblüten. Neue

Wege schlängeln sich unter Schattenspendenden Bäumen entlang und führen zu neuen Sitzbänken und duftenden Blumenbeeten. Sie führen durch den Gartenbereich auf einen nun gut begehbaren Hof. Ermöglicht wurde dieser kleine Sinnesgarten durch eine Zuwendung der Glücksspirale. Gleich drei Einrichtungen der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Mecklen-

burg-Vorpommern (MV), Regionalverband West, profitieren davon. In den Genuss der neuen Gartenanlage kommen neben den Kindern der Kita auch die Gäste der Johanniter-Tagespflege und die Kinder und Familien der Johanniter-Tagesgruppe. Alle drei Einrichtungen der Hilfsorganisation befinden sich auf einem weitläufigen Grundstück. „Die schöne Gar-

tenanlage wird auch den generationsübergreifenden Austausch weiter fördern“, betont Sabine Janschek, Leiterin der Johanniter Tagespflege. „Die Kinder freuen sich schon auf das gemeinsame Ballspielen und Singen mit den älteren Tagesgästen und darauf, wieder Geschichten zu hören, die mit ‚Früher war das so...‘ beginnen, sobald es die Corona-Beschränkungen wieder zulassen“, sind sich Janschek und Martina Taschke, Leiterin der Johanniter Tagesgruppe, einig.

In die gleiche generationsübergreifende Richtung geht das aktuell startende „Schmidt trifft Schmidtchen“ im Rahmen des neuen Projektes „Wir in Leezen und Plate“. Es handelt sich um eine Initiative, die Senioren und Schüler miteinander verbindet. Es dreht sich um das, was uns als Menschen auszeichnet und am wichtigsten ist: Das Füreinanderdasein und das Voneinanderlernen. Schülerinnen und Schüler sollen dort auf Se-



Schöne Hochbeete und befestigte Wege laden Alt und Jung zum Entdecken ein.

Foto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

niorinnen und Senioren treffen. Ein bis zwei Mal die Woche soll ein Austausch zwischen Jung und Alt stattfinden. Anknüpfungspunkte für eine Fortführung der Kontakte nach den Projekten ergeben sich je nach individueller Entwicklung und sind in vielfältiger Weise möglich.

„Schmidt trifft Schmidtchen“ ist bereits die zweite Initiative, die das Jo-

hanniter-Projekt anschiebt: „Wir in Leezen und Plate“ startete im August mit dem „Smart Café“, einer kostenfreien Technikprechstunde für Senioren. Die ersten Besucher zeigten sich begeistert. Unterstützung wird geboten bei Fragen und Problemen rund um das eigene Smartphone/iPhone, Laptop/MacBook oder Tablet/iPad. Zum Beispiel: Wie nimmt man Fotos auf und versendet sie an Freunde und Familie? Wie telefoniert man mit Kindern und Enkeln und kann sie dabei live sehen? Regnet es morgen in Plate? Wie kann ich mir von zuhause aus ein Museum ansehen? Wann kommt der nächste Bus? Braucht man ‚Updates‘? „Smart Café“ steht allen Interessierten Senioren aus dem Großraum Leezen und Plate unentgeltlich und unverbindlich zur Verfügung.

Es bedarf lediglich einer Anmeldung bei Iris Reckling unter: Tel. 0173/232 94 84 oder E-Mail: iris.reckling@johanniter.de

Wiedersehenstreffen der Pinnower Senioren

Es ist so weit, wir konnten uns am 9. September 2021 wieder treffen, Gedanken und Erlebnisse austauschen. Unsere letzte Zusammenkunft fand am 5. März 2020, der beliebten Frauentagsfeier, statt. Seit dieser Zeit gab es keine Tagesfahrten, kein Oktoberfest, keine Weihnachtsfeier und keine anderen interessanten Themen mehr. Diese Veranstaltungen vermissten wir sehr. Wir begrüßten uns herzlich, nur die Begrüßungsformel hat sich etwas geändert. Während wir uns bei den vergangenen Treffen fragten, ob gesundheitlich alles in Ordnung sei, wurde diesmal gefragt: „Bist du gesund, geimpft, getestet?“ Erfreulich ist, dass wir alle unseren Humor und unsere Lebensfreude erhalten haben. Das Lachen wurde nicht verlernt, Kaffee und Kuchen schmeckten, wie immer wurde dieser Kaffeetisch liebevoll von unseren emsigen Frauen hergerichtet. Hoffen wir, dass es noch



Seniorentreffen mit Bürgermeister Tiroux.

Foto: Albert Freiler

lange so bleibt, Veranstaltungen wieder erlaubt werden und wir fröhlich miteinander feiern können. Unser Bürgermeister, Herr Günter Tiroux, war als Gast eingeladen. Er informierte uns ausführlich über gegenwärtige und zukünftige Maßnahmen in unserem Dorf. Das nächste

Beisammensein steht schon an. Am 7. Oktober ist für die Pinnower Senioren eine Buchlesung mit Herrn Buhlmann vorgesehen. Wir bedanken uns bei allen Organisatoren für den gelungenen Auftakt im neuen Seniorenjahr.

Erika Nagel

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Pflege-(Not)Stand in Schwerin?

Anfang Oktober dieses Jahres wurde die Öffentlichkeit durch einen Artikel in der SVZ auf die menschenunwürdigen Zustände im Neumühler Pflegeheim, dem Emvia-Haus, aufmerksam. Mit Betroffenheit, aber ebenso mit Empörung, Wut und Entsetzen hat auch die Seniorenunion reagiert.

Bereits bei der Grundsteinlegung dieses Pflegeheims im April 2018 wurde von der Seniorenunion und vom Seniorenbeirat der Stadt Schwerin die Frage aufgeworfen, wie die geplante Pflege und Betreuung der 87 neuen Bewohner*innen durch fachgerechtes Pflegepersonal gewährleistet werden kann. Die Betreiber versicherten uns damals, dass das überhaupt kein Problem sei. Obwohl schon damals die Personalsituation in den Schweriner Seniorenheimen als kritisch einzuschätzen war, wurde dies von den Verantwortlichen ignoriert und belächelt.

Als im September 2019 das Pflegeheim eröffnet wurde, hat da die Heimaufsicht der Fachabteilung der

Stadtverwaltung eine Kontrolle über die Qualität der Pflege und über die Anzahl des Pflegepersonals vorgenommen?

Wurden danach regelmäßige, nicht angekündigte Überprüfungen in diesem wie auch in den anderen 18 Pflegeheimen der Stadt durchgeführt?

Warum wurde die Auflage, dass das Pflegeheim in Neumühle nur mit maximal 58 anstatt 87 Pflegeplätzen zu belegen ist, erst im November 2020 erteilt? Schon hier war bekannt, dass es einen gravierenden Fachpersonalmangel in diesem Heim gab.

Wie erfolgten die Untersuchung und die Durchsetzung dieser Auflage?

Erst fast ein Jahr später und nur durch das beherzte Auftreten einzelner Mitarbeiter*innen konnten die menschenverachtenden Missstände aufgedeckt werden. Er wäre ein Leichtes für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung gewesen, die Bewohnen*innen in diesem Pflegeheim durch eine Ortsbesichtigung zu erfassen. So hätten die skrupellosen Machenschaften der

Emvia Living zeitnah gestoppt werden können und den Bewohner*innen wäre dieses Leid, diese Demütigungen und Qualen erspart geblieben.

Die Emvia Living GmbH beabsichtigt, noch ein weiteres Pflegeheim in Schwerin-Friedrichsthal zu betreiben. Wie kann das sein? Wie konnte diese Genehmigung erteilt werden? Eine Schadensbegrenzung muss hier unbedingt erfolgen.

Eine Gesellschaft wird immer daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten umgeht.

Endlich muss sich die Stadtverwaltung ihrer Aufgabe der Aufsicht, Kontrolle und der Durchsetzung mittels Zwangs stellen. Es geht hier nicht um Bagatelldfälle, sondern um die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens bis hin zur Verhinderung des Sterbens hilfebedürftiger Menschen. Es darf nicht hingenommen werden, dass die Schutzpflicht für den Menschen durch die Stadt weiterhin vernachlässigt wird.

Walter Heinrich

Feierliche Verabschiedung von Siegfried Schwinn

Am 21. Oktober dieses Jahres fand die letzte Seniorenbeiratssitzung im Demmlersaal des Rathauses der Stadt Schwerin statt. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung unseres langjährigen Vorsitzenden Siegfried Schwinn. Aus gesundheitlichen Gründen musste er von diesem Amt zurücktreten. Er wird uns aber weiterhin als Beiratsmitglied mit seinem Rat und seinen Erfahrungen zur Seite stehen.

Der Stadtpräsident der Landeshauptstadt Schwerin, Sebastian Ehlers, erklärte: „Wir haben diese Nachricht mit großem Bedauern aufgenommen. Herr Schwinn hat sich durch sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement insbesondere um die älteren



Bei der Übergabe eines Abschiedspräsents: (v.l.n.r.) Walter Heinrich, Rico Badenschier, Siegfried Schwinn, Joachim Kießling, Antje Werth, Alexander Jöst und Eberhard Otto.

Mitmenschen in unserer Stadt verdient gemacht. Die Interessen der älteren Generation liegen ihm sehr am Herzen und er hat sich stets für diesen Personenkreis stark gemacht. Wir wünschen Herrn Schwinn eine gute und baldige Genesung.“

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin, Dr. Rico Badenschier, machte im feierlichen Rahmen in seiner Ansprache noch einmal deutlich, wie wichtig die Arbeit von Herrn Schwinn war und weiterhin ist, und welche Bedeutung das Ehren-

amt für das gesellschaftliche Leben einer Stadt hat.

Im zweiten Teil der Beiratssitzung wurden weitere Tagesordnungspunkte behandelt. So soll die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat verstärkt werden.

Es erfolgte eine Nachbetrachtung der Tagung des Landesseniorenbeirates in Banzkow. Im Mittelpunkt dieser Auswertung standen die Ergebnisse der erschreckenden Studien über Gewalt in Alten- und Pflegeheimen. Dieses Thema wird uns noch lange be-

schäftigen und fordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Dabei müssen Analysen über die Situation in den Heimen erfolgen, Ursachen für Missstände aufgedeckt werden und Hilfen zur Beseitigung dieser Zustände angeboten werden. Auch muss viel mehr auf eine staatliche Kontrolle hingearbeitet werden. In dieser Hinsicht liegt eine tatkräftige Arbeit vor uns, um in Seniorenheimen menschenwürdige Zustände zu erhalten und zu schaffen.

Walter Heinrich
Seniorenbeirat Schwerin

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

25 Jahre Seniorenbeirat Wismar



Als der Seniorenbeirat in Wismar 1995 durch Frau Poppey ins Leben gerufen wurde, hätte niemand gedacht, was ein Beirat bewirken kann. Es waren viele Hürden zu nehmen, bis durch die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar 11 Mitglieder berufen werden konnten.

Für die Wismarer Senioren war alles Neuland, es gab Vieles zu erleben und man holte sich die Erfahrungen von anderen Seniorenbeiräten.

Schnell suchten wir die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden unserer Stadt.

Die Organisation von Veranstaltungen und Festen hat uns geholfen, bei den Seniorinnen und Senioren schnell bekannt zu werden und ins Gespräch zu kommen. Dafür brauchte man Geld. Wir hatten Glück und konnten Sponsoren gewinnen, die unsere Arbeit mit Spenden unterstützten. Auch Stiftungen und Großbetriebe stellten wir unsere Projekte vor und stießen damals auf offene Ohren.

Regelmäßige Veranstaltungen wie Seniorenkonferenzen, Bildungsreisen und auch z.B. Dankeschön-Veranstaltungen für pflegende Angehörige führten wir turnusmäßig durch.



Mitglieder des
Seniorenbeirats:
(v.l.n.r.)
Eike Koebe,
Karin Lechner,
Horst Edom, Margitta
Lindenberg,
Bernd Hilse, Dietrich
Körner, Beate
Wahlandt, Marianne
Kubisch.

Besuche bei Ausschusssitzungen der Verwaltung durch Mitglieder des Seniorenbeirates ermöglichten es uns, Vorschläge einzubringen.

Im Haushalt der Stadt wurden die Sitzungsgelder erhöht, wir wurden nicht vergessen. Ein festgesetzter Betrag für Seniorenarbeit ermöglichte es uns, eigene Arbeitsgruppen wie Tanzen, Bingo und Tablet-Ausbildungen zu bilden.

Der Bürgermeister unserer Stadt beauftragte die Verwaltung, mit einem Jahr Verspätung das 25. Jubiläum des Seniorenbeirates festlich vorzubereiten. Der Shanty-Chor unserer Stadt begrüßte uns mit seinen schönen Liedern. Da noch nicht in Innenräumen

gefeiert werden durfte, stellte uns die AWO ihre Freifläche zur Verfügung. Die Verwaltung hatte alles so gut vorbereitet, dass wir wirklich die Gäste waren und alles serviert bekamen. In einem von uns hergestellten Film stellten wir den Gästen unsere Arbeit vor. Auf diesem Wege bedanken wir uns recht herzlich bei unserem Bürgermeister und bei allen, die dazu beigetragen haben, so ein schönes Fest erleben zu dürfen.

Wir sind dankbar für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den Bürgern der Stadt und den Vereinen und Verbänden. Danke für die große Anerkennung.

Karin Lechner

Tag der Älteren in Boltenhagen

Die Mitglieder des Seniorenbeirates Boltenhagen fingen schon sehr zeitig an, die Veranstaltung am 1. September 2021 vorzubereiten. Es wurden Gespräche mit den Vereinen und Verbänden geführt. Cafés und Gaststätten spendierten für diesen Tag den Kuchen, der dann zur Freude der Besucher verkauft wurde.

Für jedes geborene Kind im Jahr wird traditionell ein neuer Baum gepflanzt. Der Bürgermeister von Boltenhagen, Raphael Wardecki, griff dabei selbst zum Spaten. Viele kleine



Zelte wurden aufgestellt, dort wurden Handarbeiten und Selbstgebasteltes angeboten.

Foto links:

Baumpflanz-Aktion in Boltenhagen: Trixi Bräuning, Regina Rödinger, Karin Lechner und der Bürgermeister von Boltenhagen, Raphael Wardecki.

Alle waren sich einig, dass es wieder eine gelungene Veranstaltung war. Dank dem Veranstalter, dem Seniorenbeirat Boltenhagen, in Zusammenarbeit mit dem DRK und vieler weiterer Akteure, Sponsoren und Helfer.

Karin Lechner

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Erste kommunale Gesundheitskonferenz

Diese wichtige Konferenz gab am 5.11.2021 in Torgelow den Auftakt zu den kommunalen Gesundheitswochen im Landkreis Vorpommern-Greifswald, die vom 5.-19.11.21 stattfinden.

Landrat Michael Sack eröffnete diese Konferenz mit dem Anspruch, dass Themen der Gesundheit, Gesundheitsförderung und der Prävention in ihren breiten



(v.l.n.r.): Prof. Dr. Henry Völzke, Thomas Altgeld, Karina Kaiser, Dr. Peter Kupatz, Dr. Gregor Breucker

Foto: Herbert Kautz

- Visionen für die kommunale Gesundheitsförderung, Thomas Altgeld

Nach World-Café und ergebnisreicher Workshoparbeit der Konferenzteilnehmer konnte die Dezernentin des Landkreises für Jugend, Soziales und Gesundheit, Frau Karina Kaiser, zum Schluss feststellen, dass die Konferenz ein gelungener Auftakt der Gesundheitswochen im Landkreis war und wir gespannt die Ergebnisse der sich bildenden drei Arbeitsgruppen, in denen auch der Kreisseniorenbeirat vertreten ist, erwarten.

Die kostenlosen Veranstaltungen im Rahmen der Gesundheitswochen reichen von politisch relevanten Konferenzen und Fachtagen bis hin zu Elternabenden, Workshops, Seminaren und konkreten Projekttagen mit Kindern und Jugendlichen, so das Programmheft des Landkreises.

„In Vorbereitung des Treffens der Seniorenbeiräte des Landkreises im Jahr 2022 werden wir an und von den Ergebnissen dieser Veranstaltungen partizipieren“, so der Vorsitzende des Kreisseniorenbeirates V-G, Landrat a.D. Herbert Kautz.

■



Facetten in den Fokus zu rücken sind, denn es geht um jeden Einzelnen im Landkreis und darüber hinaus, von den Jüngsten bis hin zu den Ältesten. Die Frage ist:

Was brauchen wir für ein gesundes Aufwachsen, Leben und Arbeiten und für ein gesundes Älterwerden?

Diese hochrangig besetzte Konferenz, deren Tagesordnungspunkte Dr. Gregor Breucker von der DSPN GmbH routiniert moderierte, brachte den anwesenden Teilnehmern aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens den aktuellen Wissensstand, Ergebnisse und Visionen:

- Was ist kommunale Gesundheitsförderung und welchen Nutzen hat sie? Thomas Altgeld, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen
- Gesundheitliche Lage in der Bevölkerung – Ergebnisse der SHIP-Studie, Prof. Dr. Henry Völzke, Universitätsmedizin Greifswald
- Gesundheitsziele des Landes M-V, Dr. Peter Kupatz, Steuerungsgruppe des Aktionsbündnisses für Gesundheit M-V
- Interviewgruppe – Podiumsdiskussion
- Gesundheitsförderung und Prävention im LK V-G – kommunaler Strukturaufbau und aktuelle Projekte, Dr. Janina Becker, LK V-G

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Ehrenamtsball in Binz

War das wieder schön! Bereits zum dritten Mal veranstalteten die Seniorenbeiräte Rügen e.V. und der Kreis-Seniorenbeirat Vorpommern-Rügen anlässlich des Tages des Ehrenamts einen Ball zu Ehren aktiver Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern. Wieder war das Strandhotel Arkona in Binz der festliche Rahmen für diese Feier. Die Ausgestaltung, die Bedienung und das exzellente Büffet ließen keine Wünsche offen.

Nachdem alle Gäste am Einlass nachgewiesen hatten, dass sie die 3-G Corona-Regeln einhalten, wurden sie von der Vorsitzenden des Seniorenbeirates Binz, Helga Holtz, und dem amtierenden Vorsitzenden des Seniorenbeirates Rügen e.V., Jürgen Csallner, begrüßt. Die Damen erhielten eine Rose und alle Gäste ein Glas Sekt zur Begrüßung überreicht und wurden in den Festsaal geleitet. In seiner Eröffnungsrede erwähnte der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates Jürgen Csallner, dass diese Art von Danksagungsveranstaltungen nur durch Sponsoring möglich ist. Er nannte das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Sparkasse Vorpom-

mern, die Stadt Sassnitz und die OV-VD, die mit ihren Spenden diesen Abend erst ermöglicht hätten.

Danach ließ es sich der Direktor des Hauses, Martin Hanspach, nicht nehmen, die Anwesenden mit warmen Worten zu begrüßen und allen schöne Stunden in seinem Haus zu wünschen.



Festlicher Rahmen für den Ehrenamtsball im Strandhotel Arkona in Binz.

Die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Seniorenarbeit, auch besonders der Seniorenbeiräte, betonte der Bürgermeister der Stadt Sassnitz, Frank Kracht, in seiner Festtagsrede. Er wies darauf hin, dass vieles in den Kommunen und Verwaltungen ohne die Ehrenamtsarbeit gar nicht möglich wä-

re. Nach seinen warmen Worten endete der ernste Teil des Abends und es begann der gemütliche Teil.

Eröffnet wurde er durch die Sängerin und Entertainerin Marina Morell mit Liedern aus den Jugendjahren der Anwesenden. Es gelang ihr in wenigen Minuten, den Saal in Stimmung zu bringen.

Nach ihrem Auftritt wurde das köstliche Büffet eröffnet. So konnten sich alle noch vor dem Tanzvergnügen stärken. Jeder fand auch das Richtige, egal ob warm oder kalt, für seinen Geschmack. Es folgten nun die Stunden des sehr guten Alleinunterhalters Ron Beitz. Er hatte kaum begonnen, zum Tanz aufzuspielen, da war die Tanzfläche gut mit Tanzpaaren gefüllt. Manchmal wollte man gar nicht glauben, dass auf dem Podium nur ein einzelner Künstler für Musik und die gute Stimmung sorgt. Diese Stimmung blieb so bis zum Schluss. Alle Gäste gingen froh und zufrieden nach Hause. Viele wünschten sich, dass dieser Ehrenamtsball in zwei Jahren erneut, dann zum vierten Mal, wiederholt werden kann.

Jürgen Csallner

Seniorenbeirat Vorpommern-Rügen

Du wirst uns fehlen!

Nach langer Krankheit ist die Vorsitzende des Seniorenbeirats Rügen e.V. und Mitglied des Seniorenbeirats Vorpommern-Rügen

Frau Gisela Lemke

verstorben.

Bis zum Schluss hat sie mit Willen und Optimismus der Krankheit getrotzt.

Wir verlieren mit ihr ein sehr engagiertes Mitglied, das sich immer mit ganzem Herzen für die Belange und Sorgen der Seniorinnen und Senioren, nicht nur von der Insel Rügen, eingesetzt hat.

Du wirst immer einen Platz in unseren Gedanken und Herzen haben.

Seniorenbeirat Vorpommern-Rügen

Seniorenbeirat Rügen e. V.

Seniorenbeirat Sassnitz

Netzwerk gerechte Rente

Auf eine starke gesetzliche Rente setzen

Das Netzwerk gerechte Rente – das aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden besteht – plädiert für eine starke, umlagefinanzierte gesetzliche Rente statt individueller privater Vorsorge. Die Ampelkoalition müsse jetzt die Alterssicherung in Deutschland zukunftsfähig und sozial gerecht weiterentwickeln. Soziale Sicherheit in Zeiten des tiefgreifenden Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft sei wichtiger denn je.

Die gesetzliche Rente ist das Herzstück unseres Sozialstaats. Für Spekulationsgeschäfte ist sie denkbar schlecht geeignet. Statt in die private Versicherungswirtschaft zu investieren, muss die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und endlich armutsfest gemacht werden, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Die gesetzliche Rente sei nach wie vor die zentrale Säule für die Alterssicherung der Beschäftigten in Deutschland, so das Netzwerk. Sie habe sich bewährt und sei entgegen aller Unkenrufe effizient, kostengünstig und leistungsstark. Daher sei es richtig, das Rentenniveau

dauerhaft auf mindestens 48 Prozent zu stabilisieren, so das Bündnis. Diese Absicht hatten die Vertreterinnen und Vertreter von SPD, Grünen und FDP in ihren Sondierungen erklärt. Für eine gute Versorgung der Menschen im Alter und bei Erwerbsminderung sei langfristig allerdings ein höheres Rentenniveau, ergänzt um eine Betriebsrente, anzustreben. Eine Aktienrente, wie die FDP sie fordert, lehnt das Bündnis entschieden ab. Sie gehe zu Lasten der gesetzlichen Rente und helfe nicht, die demografischen Herausforderungen zu stemmen.

Das klare Bekenntnis von SPD, Grünen und FDP, das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht anzuheben, begrüßte das Netzwerk ausdrücklich. Gleichzeitig kritisieren die Gewerkschaften und Sozialverbände, dass die Erwerbsminderungsrente im Sondierungspapier überhaupt keine Rolle spiele. Die Verbesserungen der letzten Jahre müssten endlich auf die Bestandsrentnerinnen und -rentner ausgeweitet und erleichterte Zugänge geschaffen werden. Außerdem müsse ein erster Schritt in Richtung Erwerbstätigenversicherung gemacht

werden, indem alle Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Auch bei der Grundrente müsse nachgebessert werden: Die Voraussetzung von 33 Beitragsjahren, um einen Freibetrag beim Wohngeld oder in der Grundsicherung zu erlangen, müsse ersatzlos gestrichen werden.

Eine neue Bundesregierung solle darüber hinaus sofort dafür sorgen, dass eine Zweifachbesteuerung der Renten systematisch vermieden werde. Schlussendlich bedürfe es auch besserer Bedingungen für die medizinische und berufliche Rehabilitation, die personenzentriert und am Bedarf der Menschen ausgerichtete Maßnahmen sicherstellen.

Das Netzwerk Gerechte Rente ist ein Zusammenschluss aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Paritätischen Gesamtverband, dem Sozialverband VdK Deutschland, dem Sozialverband Deutschland (SoVD), der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und der Volkssolidarität. Das Bündnis, das in Deutschland Millionen Menschen organisiert, setzt sich ein für eine Rente, die für ein gutes Leben im Alter reicht. ■

DigitalPakt Alter

Digitale Teilhabe und Souveränität älterer Menschen stärken

Der diesjährige Internationale Tag der älteren Menschen am 1. Oktober stand unter dem Motto „Digitale Gerechtigkeit für alle Altersgruppen“. Ausgerufen von den Vereinten Nationen, setzte der Tag in diesem Jahr den Fokus auf die Altersgruppe der über 60-Jährigen, die weltweit am wenigsten an der digitalen Transformation teilhat. Vielerorts fehlt es an der passenden Infrastruktur, an inklusiven Systemen sowie an leicht zugänglichen Angeboten zum digitalen Kompetenzerwerb. Genau das will der DigitalPakt Alter in Deutschland

ändern. Die gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – hat schon jetzt ein breites Bündnis von Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gebildet. Das Ziel: älteren Menschen digitale Teilhabe zu ermöglichen, für ein selbstbestimmtes Leben, auch im hohen Alter.

Bundesseniorenministerin Christine Lambrecht: „Die Digitalisierung ist ein immer größerer Teil unseres Lebens

und erleichtert unseren Alltag. Vom Videoanruf bei der Familie über das Online-Einkaufen bis zur digitalen Sprechstunde beim Arzt bieten sich große Chancen, gerade für die ältere Generation. Deswegen ist es wichtig, dass auch ältere Menschen am digitalen Wandel teilhaben. Genau da setzen wir mit dem DigitalPakt Alter an. Gemeinsam mit der BAGSO wollen wir viele Partner gewinnen und wohnortnahe Angebote schaffen, damit alle Älteren selbstbestimmt Online-Dienste und moderne Techniken nutzen können.“

In Deutschland sind heute etwa neun Millionen Menschen von insgesamt rund 24 Millionen über 60 Jahre noch nicht online. Nur gut jeder Dritte oder jede Dritte in dieser Altersgruppe fühlt sich in der Lage, für sich passende Angebote im Internet zu finden. Bei den über 70-Jährigen gelingt das nur einem Viertel, wie die „Digital Skills Gap“-Studie der Initiative D21 zeigt. Diese Menschen benötigen konkrete Unterstützung vor Ort. Deswegen fördert der DigitalPakt Alter in ganz Deutschland 100 Erfahrungsorte mit je 3.000 Euro. Diese bieten Seniorinnen und Senioren niedrigschwellige Unterstützung in digitalen Fragen zu den Themen Kommunikation, Wohnen, Mobilität, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe an. Das können Kurse im Umgang mit Smartphone oder Tablet sein, aber auch Leihstationen für mobile Geräte zur Unterstützung im Haushalt oder Hilfe bei digitalen Amts- oder Arztterminen.

„Es gibt bundesweit sehr gute Ansätze, die wir sichtbar machen, stärken und ausweiten wollen“, sagt der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering. „Sobald wie möglich sollte in jeder Kommune ein Angebot zum digitalen Kompetenzerwerb, ein digitaler Erfahrungsort, für Ältere vorhanden sein.“

Es geht nicht nur um die Notwendigkeit der niedrigschwelligen Vermittlung digitaler Kompetenzen. Es geht auch darum zu verdeutlichen, wie viel Spaß Ältere am Umgang mit digitalen Medien haben oder zukünftig haben könnten. Digital um die Welt reisen, das Gedächtnis kurzweilig trainieren, mit der Familie videochatten: Gerade Neulinge lernen schnell, wieviel Spaß das machen kann. Der DigitalPakt Alter will diese positiven Erfahrungen stärken und ausweiten, um Älteren einen sicheren und selbstverständlichen Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen.

„Die neue Bundesregierung muss die digitale Teilhabe älterer Generationen aktiv vorantreiben“, so die stellvertretende BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner. Zahlreiche Studien belegen, dass vor allem soziale Faktoren zu einer digitalen Spaltung unserer Gesellschaft führen. Das gilt insbesondere für die Gruppe der Älteren. Görner: „Wir fordern, dass Seniorinnen und Senioren flächendeckend Zugang zum Internet haben und sie befähigt werden, es sicher zu nutzen. Dafür bedarf es finanzieller Hilfen sowie niedrigschwelliger und zielgruppenspezifischer Informations- und Bildungsangebote. Das darf nicht von der Bereitschaft des Einzelnen, seiner materiellen Lage oder seinen Bildungsvoraussetzungen abhängen. Gleichzeitig muss auch die Technik selbst nutzerfreundlicher werden“, so die Leiterin der BAGSO-Fachkommission „Digitalisierung“.

Mehr Informationen unter:
www.digitalpakt-alter.de

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22,
19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Uwe Allwardt (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Integration und Gleichstellung
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2021; Redaktionsschluss
für Nr. 1/2022: 15. Februar 2022

Stille

Hörst du, wie die Brunnen rauschen,
hörst du, wie die Grille zirpt?
Stille, stille, lass uns lauschen.
Selig, wer in Träumen stirbt.
Selig, wen die Wolken wiegen,
wenn der Mond ein Schlaflied singt.
O wie selig kann der fliegen,
dem der Traum den Flügel schwingt,
dass an blauer Himmelsdecke
Sterne er wie Blumen pflückt.
Schlafe, träume, flieg', ich wecke
bald dich auf und bin beglückt.

Clemens Brentano (1778-1842)
dt. Dichter der Heidelberger Romantik
(Vollständiger Name: Clemens Wenzelslaus Brentano de la Roche)



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de